

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Petition an den Verbund Steiermark: Zusätzlicher Berechtigungsnachweis im Verbund Steiermark für Senioren und Menschen mit Behinderung

GR. **Hohensinner**, GRin. **Gesek** und GR. **Mayr** stellen im Namen von SPÖ, Grünen, KPÖ, FPÖ, BZÖ und GR. Mag. Mariacher folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, werte Gäste auf der Galerie! In meinem Antrag geht es um die Seniorenermäßigung und die damit verbundene Vorteils card, dieses Thema begleitet uns ja schon jahrelang. Die Gerda Gesek ist eine Zeugin, dass das erste Mal dieses Thema schon vor etwa sechs Jahren aufgekommen ist. Zum Inhalt: In unserer Tätigkeit als Gemeinderäte wurden wir bereits mehrmals mit dem Unverständnis von Senioren und Menschen mit Behinderung konfrontiert, welche die Notwendigkeit des Zwangserwerbes einer ÖBB Vorteils card, als Berechtigungsnachweise für die Seniorenermäßigung beziehungsweise Behindertenermäßigung in Frage stellten.

Laut Verkehrsverbund Steiermark dient die Vorteils card als „Kundenbindungsprogramm“, mit dem die angeführten Personen eine Ermäßigung erhalten. Voraussetzung ist die Bezahlung eines Grundpreises in Form der „ÖBB VORTEILScard-Senior beziehungsweise Spezial“. Die Absicht war, für dieses ganze System den Nachweis zu vereinheitlichen.

Somit setzt der Verbund aber mit einer einzigen Möglichkeit eine teure nicht notwendige Hürde, indem er die Menschen mit Behinderung und Senioren die ÖBB Vorteils card als wirkliche einzige Möglichkeit definierte.

Senioren zahlen für die jährliche Vorteils card € 26,90, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen € 19,90 und blinde Menschen € 18,90.

Diese jährlichen Kosten wären ja auch noch vertretbar, finden meine Kollegen und auch ich, wenn die Einnahmen wirklich der Finanzierung dieser Karten zugute kommen würden.

Aber dem ist nicht so, laut schriftlicher Auskunft des Verbundes erhalten die finanzierenden Gebietskörperschaften aus dem Erlös der Vorteilscard keinen Cent. Die Einnahmen fließen einzig und allein Eisenbahnunternehmen zu.

Somit ist es amtlich, dass dieser vorher erwähnte Personenkreis, für den Nachweis, das heißt für das Blatt Papier, wo der Nachweis erbracht wird € 26,90 beziehungsweise € 19,90 bezahlt.

Eine weitere Recherche hat ergeben, dass der Verbund bei Familien ein bisschen großzügiger ist, weil bei Familien kann er entweder die Vorteilscard der ÖBB Family lösen oder man kommt mit dem Steirischen Familienpass, auch dieser wird akzeptiert. Das heißt bei Familien gibt es mehrere Möglichkeiten, bei Menschen mit Behinderung und Senioren gibt es nur die eine bei der ÖBB.

Aber, und jetzt komme ich zu meinem Ansinnen, der Alters- beziehungsweise Behindertennachweis wäre ohne Probleme mit allen anderen amtlichen Lichtbildausweisen zu erbringen beziehungsweise der Altersnachweis ist mit jedem anderen amtlichen Lichtbildausweis zu erbringen und der Nachweis der Behinderung ist sehr gut und kostenlos zu erbringen mit dem Behindertenausweis des Bundessozialamtes.

Deshalb stelle ich namens der ÖVP und was mich besonders freut, aller vertretenen Parteien und einer Fraktion hier im Haus folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge mit folgendem Anliegen an den Verkehrsverbund Steiermark herantreten:

Die Stadt Graz ersucht den Verkehrsverbund Steiermark, die Möglichkeit zu prüfen, als Berechtigungsnachweis für Ermäßigungskarten (Einzelfahrten, 24-Stunden-Karte beziehungsweise 10er Blöcke) für SeniorInnen neben der ÖBB Vorteilscard auch einen amtlichen Lichtbildausweis und bei Menschen mit Behinderung den Behindertenausweis des Bundessozialamtes festzulegen.

Die Ergebnisse der Prüfung mögen dem Gemeinderat nach der nächsten Sitzung des Lenkungsausschusses des Verkehrsverbundes Steiermark zur Kenntnis gebracht werden. Bitte um Annahme.

Bgm.-Stvin. Rücker übernimmt um 17.10 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Wie gesagt, wir Grünen werden auch der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen. Ich möchte, nachdem ja auch wir vom ersten Tag an mit diesen Anfragen konfrontiert waren trotzdem noch einmal kurz erläutern, wie es überhaupt dazu gekommen ist, dass es ist wie es ist und warum auch der Verbund bisher an dieser Regelung festhält. Mit der Einführung der Vorteilscard läuft es so: Vor der Einführung des Verkehrsverbundes 1994 hatte jedes Verkehrsunternehmen in der Steiermark einen eigenen Ermäßigungsausweis, die GVB in Graz hatte keinen und damit auch keine Ermäßigungen in dieser Form. Dann wurde eben 1994 beschlossen, dass es gleichzeitig mit einem einheitlichen Verbundtarif einen einheitlichen Ermäßigungsausweis geben soll für alle öffentlichen Verkehrsmittel in der Steiermark. Nach der Überlegung einen eigenen steirischen Verbundermäßigungsausweis für

SeniorInnen, Familien, Behinderte, Blinde, schwer Kriegsbeschädigte einzuführen, damit sie in der ganzen Steiermark zum halben Preis fahren können, wurde dann der Beschluss gefasst, aus Gründen der Einfachheit einen bereits bestehenden Ermäßigungsausweis, nämlich ebenjenen der ÖBB-Vorteilscard als Anspruchsberechtigung für die genannten Benutzergruppen anzuerkennen. Damit sollte verhindert werden, dass einerseits weitere kostenpflichtige Ausweise eingeführt werden, andererseits haben eben jene, die die Vorteilscard dann kaufen neben den Halbpriestzugang zu den einzelnen Verkehrsunternehmen in der Steiermark auch den zusätzlichen Nutzen, dass sie die ermäßigte Bahnfahrt in ganz Österreich nutzen können, so das Argument des Verbundes. Wir wissen eben, dass es zu diesem Thema immer wieder Fragen gibt. Es wird argumentiert mit einem gefühlsmäßig sprachlichen Problem, weil man eben die Namensgebung ÖBB-Vorteilscard bei Fahrten ausschließlich oder überwiegend im Grazer Stadtgebiet schwer nachvollziehen kann, es gibt ja auch immer wieder Senioren, die sagen, sie fahren nicht außerhalb von Graz und sehen das nicht ein. Generell stimmt auch die vom Antragsteller angebrachte Kritik, und das ist auch eine Kritik, die der Verbund teilt, dass eben die Einnahmen, die aus der Vorteilscard für die ÖBB erwachsen zu 100 % dort bleiben und nicht dem Verbund zugute kommen und deswegen, denke ich mir, macht es Sinn dieser Fragestellung noch einmal auf den Grund zu gehen und diesen Antrag einzubringen und dieser Überprüfung vielleicht zu einer besseren Lösung zu kommen. Natürlich ist es einfacher in der Kontrolle einen Ausweis zu haben als zu definieren, was ist jetzt ein amtlicher Lichtbildausweis oder nicht, aber es müsste machbar sein. Das heißt, prinzipiell ja, wir stimmen dem Antrag zu und sind schon neugierig was bei dieser Untersuchung herauskommt.

Die Dringlichkeit und der Antrag wurden einstimmig angenommen.

2) GreenIT-Potenzial im Haus Graz prüfen

GR. **Neumann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Neumann**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher! IT Informationstechnologie und deren Infrastruktur dahinter verursacht global etwa soviel Treibhausgase wie der gesamte weltweite Flugverkehr, das ist Fakt. Der Stromverbrauch von Servern und Server-Infrastruktur wird auch zwischen 2006 und 2011 sich etwa weltweit verdoppeln, wenn nicht entsprechende gegensteuernde Maßnahmen gesetzt werden.

Die Wirtschaftskammer Steiermark und auch das Land Steiermark haben das enorme Einsparungspotenzial von GreenIT Lösungen erkannt und werden daher ab Anfang 2011 gemeinsam stark geförderte Beratungen für steirische Unternehmen anbieten. Auch die Wirtschaftskammer Steiermark mit über 450 Mitarbeitern wird hausintern selbst auf GreenIT-Lösungen entsprechend evaluieren. Bei GreenIT, und das bitte ist besonders wichtig, sind Kostensenkung und Umweltschutz kein Widerspruch. Die Win-Energie-Experten des Landes Steiermarks werden eben gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Steiermark zukünftig diese Beratungen durchführen.

Auch das Bundesrechenzentrum in Wien startet eine GreenIT Offensive und will ab nächstem Jahr den Energieverbrauch von 2000 Haushalten einsparen. Dies soll vor allem durch ein geschicktes Energie- und Hitzemanagement aber, und das ist besonders wichtig und das möchte ich besonders betonen, durch die Sensibilisierung und durch die Einschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter passieren.

Durch die Neustrukturierung im Haus Graz und die damit verbundene Umstrukturierung der Informations- und Kommunikationstechnologie im Magistrat Graz und der Holding Graz, ist natürlich auch jetzt der optimale Zeitpunkt hier im

Haus Graz für GreenIT Lösungen beziehungsweise für die Evaluierung für GreenIT-Lösungen.

Virtualisierung von PC-Arbeitsplätzen und Cloud-Computing aber auch nur das bewusste Ausschalten beziehungsweise der Verzicht auf den Standby-Modus bei EDV-Geräten können ein enormes Energieeinsparungspotential bewerkstelligen.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass der Bereich Informationsmanagement im Hause Graz im Zuge der Umstrukturierung der Informations- und Kommunikationstechnologie die Möglichkeiten auf Einführung von GreenIT prüfen soll.

Außerdem soll beschlossen werden, dass alle Mitarbeiter im Haus Graz zum Thema GreenIT sensibilisiert und entsprechend geschult werden, um dadurch den Energieverbrauch im Haus Graz deutlich zu senken. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, lieber Dominic! Die grüne Gemeinderatsfraktion freut sich total über deinen Antrag aber nicht nur die grüne Gemeinderatsfraktion, sondern alle Menschen in dieser Stadt, die sich für eine moderne Energiepolitik einsetzen. Moderne Energiepolitik heißt nämlich, dass man Einsparpotentiale realisiert und nicht immer neue Kraftwerke baut. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass dein Antrag ja einer ist, der sehr gut auch an Anträge von uns

anschließt. Wir haben ja schon eine GreenIT-Initiative gesetzt und wir haben auch eine Initiative zur energieeffizienten ökologischen und fairen Beschaffung von EDV-Komponenten ziemlich genau vor einem Jahr, am 19. November 2009, eingebracht. Es gibt dazu auch schon Antworten, die ich dir gerne zur Verfügung stelle und in diesem Zusammenhang hat es auch intensive Gespräche mit der Abteilung für Informationsmanagement, mit dem Herrn Dipl.-Ing. Steinbrucker gegeben, wo ich das Gefühl hatte, dass er dem Thema GreenIT gegenüber sehr aufgeschlossen ist und dass auch schon einiges zum Beispiel in der Beschaffung als auch in der Virtualisierung realisiert wurde. Gleichzeitig gibt es ja im Rahmen des kommunalen Energiekonzeptes der Stadt Graz auch ein Projekt, das Minus-3%-Projekt, wo sich das Umweltamt sehr bemüht gemeinsam mit den anderen Abteilungen der Stadt Graz Einsparpotentiale zu realisieren und es gibt auch die IT-Richtlinie seit Jänner 2009 in der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrates gebeten werden, ihre Computer am Abend auszuschalten, am Wochenende auszuschalten, aber du hast da ganz sicherlich Recht, dass es sehr wichtig wäre, dass man immer wieder darauf hinweist und weiter sensibilisiert. Wie gesagt, wir freuen uns sehr, dass du in Richtung Energieeffizienz aktiv wirst, wir sehen deinen dringlichen Antrag als Bestärkung unserer Aktivitäten und wir werden dir selbstverständlich und sehr gerne bei diesem Antrag zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Kollege Dominic Neumann! Es ist unzweifelhaft, dass aufgrund der zehntausenden Rechner und weiterer Geräte Fernseher usw. die auf Standby-Modus usw. laufen enorme Energiemengen den Bach runtergehen und die dazu führen, dass die mühsam und mit Aufwand aller Technik produzierte Energie eigentlich nutzlos verrinnt und es ist eigentlich das Schlimmste was es gibt und es gehört abgestellt. Die Intention ist gut, ich weiß nur nicht, ob die Stadt Graz und unser Bemühen dazu führt, dass wir auch bei den Fernsehern und anderen Geräten im EDV-Bereich auch wieder einmal einen

Schalter der Hardware einführen, der ermöglicht, das Gerät auszuschalten, wie es früher üblich war. Manche Geräte verfügen nicht einmal über so einen Schalter. Ich denke aber, dass über die absolut positive Intention dieses Antrag hinaus ganz klar auch definiert werden muss, wenn man in die Richtung arbeitet, GreenIT, welche Ausgangsposition haben wir wirklich vorgefunden, dass das wirklich auch wirtschaftlicher definiert ist, dass auch ganz klar die Ziele formuliert werden, die mit so einem Projekt verbunden sind, also Ergebnisorientierung, dass eine ganz klare Erfolgsmetrik dargelegt wird und dass man sich auch ganz klar letztendlich dazu bekennt, welche Automatisations Kennwerte, welche wirtschaftlichen positiven Effekte will man wirklich anstreben zur Erreichung um nachher zu sehen, hat man es geschafft, wenn nein, in welchem Umfang nicht und dann kann man wirklich wieder die Kette von vorne beginnen und zu analysieren, warum ist es nicht geglückt. Ich glaube, dieser Patt ist einfach extrem wichtig noch zu ergänzen. Die Intention ist ganz klar und wird daher auch von meiner Seite her positiv gesehen und dieser Antrag auch unterstützt. Danke sehr.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Neumann:** Ich danke für die breite Zustimmung im Sinne einer kosten- und energieeffizienten Nutzung der Informationstechnologie. Die Volkspartei war immer für sinnvolle energie- und kosteneffiziente Nutzung. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Strukturqualitätskriterien und Qualitätsüberprüfungen für das Betreute Wohnen

GRin. **Haas-Wippel** stellt namens von SPÖ, ÖVP und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem dringlichen Antrag geht es um die Strukturqualitätskriterien und um die Qualitätsprüfungen im Betreuten Wohnen. Durch deutliche Verschiebungen der Altersstruktur hin zu den älteren Menschen bei gleichzeitiger Abnahme der Pflege durch Familienangehörige stoßen die vorhandenen Versorgungssysteme zunehmend an ihre Grenzen. Das Betreute Wohnen ist daher eine zeitgemäße und sinnvolle Alternative in einer abgestuften Betreuungslandschaft.

Betreutes Wohnen ist eine Wohnform für ältere Menschen im Rahmen eines wohnbauförderten Mietverhältnisses. Eine altersgerechte Wohnsituation und konkrete Betreuungsleistungen werden miteinander kombiniert angeboten. Durch diese Leistungen und der Option einer zusätzlichen individuellen Inanspruchnahme mobiler Sozial- und Gesundheitsdienste sollen diese Menschen befähigt werden, so lange wie möglich in der eigenen Wohnung zu leben. Kontakte zu anderen BewohnerInnen sollen gefördert und die soziale Isolation bekämpft werden.

Das Angebot Betreutes Wohnen ist in drei Hauptbereiche gegliedert, das sind die wohnbauförderten Mietverhältnisse, der Zukauf von mobilen Dienstleistungen und definierte Betreuungsleistungen.

Im Rahmen der Fördervereinbarung mit dem Land Steiermark gibt es für das Betreute Wohnen also bestimmte Vorgaben, die das Raumangebot, die Ausstattung der Wohneinheiten und die Ausstattung der Einrichtung regeln. Weiters werden Betreuungsleistungen, bestimmte Aktivitäten und die erforderliche Anzahl von entsprechend qualifiziertem Fachpersonal genau festgelegt. Auch so genannte Wahlleistungen können in Anspruch genommen werden und diese werden dann direkt mit dem jeweiligen Dienstleister und dem/der Bewohner/in verrechnet.

Zur Qualitätssicherung sind bei diesem Förderungsmodell die Struktur- und Prozessstandards verbindlich vorgegeben, ebenso die Kostenabrechnungen.

Nicht geregelt ist hier allerdings die Kontrolle der Einhaltung dieser Strukturqualitätskriterien. Diese ist nicht im entsprechend erforderlichen Ausmaß möglich und hier sind noch „Nachbesserungen“ erforderlich – denn wie auch in den Pflgewohnheimen und bei den mobilen Diensten sollte hier eine Qualitätsüberprüfung durch die Behörde stattfinden.

Ein besonders dringender Handlungsbedarf besteht aber dringend bei den boomenden Markt der „Parallelangebote“ zum Betreuten Wohnen, oft anders definiert, mit „Betreubares Wohnen“ oder „Wohnen mit Service“, denn diese Einrichtungen brauchen sich nicht an die Förderrichtlinien des Landes halten. Das heißt, dass hier rechtlich keinerlei Vorgaben zur Anwendung gebracht werden können und dies als „Schlupfloch“ von profitorientierten Betreibern daher genutzt werden kann, um ohne Strukturqualitätskriterien und ohne Kontrolle der Behörde schnelles Geld zu verdienen. Es stellt daher keine Seltenheit dar, dass in diesen Einrichtungen BewohnerInnen mit hohen Pflegegeldstufen (Stufe 6 und 7) untergebracht sind. Hier kommen aber nicht nur keine Strukturqualitätskriterien zur Anwendung, hier sind auch die Kontrollmechanismen der Behörde gänzlich ausgeschaltet. Auch die Patientenombudsschaft berichtet über Fälle, wo ihr jeglicher Zugang verwehrt wird, obwohl Missstände oder angebliche Missstände an sie herangetragen werden.

Die Obsorgepflicht und das Schutzbedürfnis dieser Menschen erfordert aber auch in diesen Bereichen eine Vorgabe von definierten Struktur- und Prozesskriterien und auch die Überprüfung der Ergebnisqualität durch die Behörde im Sinne der Qualitätssicherung!

Ich stelle daher namens der SPÖ, der ÖVP und der Grünen folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz soll an das Land herantreten, um die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, dass

1. für alle Einrichtungen des Betreuten Wohnen und ähnlicher Angebote die Strukturqualitätskriterien der Fördervereinbarung des Landes Steiermark verbindlich zu normieren sind,
2. die Kontrolltätigkeit durch die Behörde im Betreuten Wohnen und ähnlichen Einrichtungen analog zu den Pflegeheimen verbindlich geregelt werden soll.

Ich ersuche um Annahme (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag. **Mariacher** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Kollegin Haas-Wippel als Antragstellerin! Ich bedanke mich auch für diesen Antrag, weil er auf eine sehr offene Wunde weist, die nicht nur aufgrund der immer im Durchschnittsalter gerechnet älter werdenden Gesellschaft Bedacht nimmt, sondern auch den Wildwuchs der entstanden ist entsprechend hinweist und darauf einen Lösungsvorschlag erarbeitet hat, wie man zu entsprechenden Strukturqualitätskriterien kommt, die wir in anderen Bereichen, etwa im Krankenanstaltenbereich heutzutage als selbstverständlich erachten. Das Thema Strukturqualitätskriterium sollte aber auch gesehen werden, um hier wirklich nach vorne blickend alles zu unternehmen, auch in Richtung Land und da bitte ich auch die entsprechenden Kontakte zu nützen, um hier wirklich die Qualität abzusichern und zu steigern. Die Wissenschaft ist hier auch sehr aktiv tätig, um immer wieder zu überprüfen und zu evaluieren, wie kann man die Interventionsqualität für die alten betreuten Menschen in unterschiedlichen Stufen entsprechend verbessern, wann

und wo sind Interventionen medizinisch, pflegerischer Art und Weise oder von anderen Berufsgruppen her erforderlich, dass hier diese Kontrollfunktion durchaus belebend und positiv verstanden wird und innovationsfördernd und nicht als ein Akt der Bürokratie, die am Betreiber möglicherweise eines Pflegeheimes einfach nur mehr Aufwand bereitet und der Nutzen eingeschränkt ist. Ich glaube aber, dass diese Intention so gemeint und verstanden war und daher wird dieser Antrag als sehr positiv empfunden und auch meinerseits unterstützt. Danke.

GRin. **Haas-Wippel**: Ich danke für die Zustimmung und möchte sagen in allen Einrichtungen, ob das jetzt Krankenhäuser sind, Pflegewohnheime, Pflegeplätze, die ja jetzt auch mit Strukturqualitätskriterien verbindlich normiert sind, dass überall dort, wo Pflege gegen Entgelt angeboten wird, dass hier Strukturqualitätskriterien erforderlich sind und auch eine Kontrollschleife eingezogen werden muss. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Geplante Schließung des Instituts für Lebensmitteluntersuchung in Graz

GR. **Baumann** stellt namens von ÖVP und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Baumann**: Sehr geehrte Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Vielleicht haben Sie in der Zeitung schon gelesen, dass das Institut für Lebensmitteluntersuchung hier in Graz geschlossen werden soll beziehungsweise die AGES, die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit, die Zweistelle in Graz

schließen möchte. Wie uns bekannt geworden ist, plant die Österreichische Agentur für Gesundheits- und Ernährungssicherheit (AGES), ihre Zweigstelle in Graz, das Institut für Lebensmitteluntersuchung, zu schließen. Mein Antrag richtet sich gegen diese Schließung, wir sollten ein Zeichen setzen hier im Gemeinderat, dass eine so hervorragend arbeitende Stelle nicht geschlossen wird. Der Antragstext liegt Ihnen ja vor, ich möchte noch zwei/drei Argumente zusätzlich bringen, nämlich im Jahr 2009 wurden 6.003 Proben an diesem Institut untersucht, 2010 5.766 und einige prominente Beispiele waren der Listerienkandal in Hartberg mit dem Hartberger Quargel, die Schummelschinken-Schwerpunktaktion, die Analogkäse-Schwerpunktaktion. Im Übrigen neben der Mineralölsuche in Sonnenblumenöl die einzige Stelle (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), die in Österreich so etwas durchführen kann, dann Allergene in Lebensmittel, Zollproben wurden gezogen, ein Österreichschwerpunkt für Schokolade, Essig und Öle. Insbesondere auch europaweit anerkanntes Verfahren bei der Schwerpunktsetzung des Olivenöls ist in Graz angesiedelt. Die Folgen des Wegfalls dieser wertvollen Einrichtung in Graz sind groß, die Lebensmittelsicherheit für Graz, für die Steiermark wird reduziert, die Kontrolle sollte eher engmaschiger werden, wie man anhand auch der Todesfälle im Bereich dieses Verzehrs des Hartberger Quargels gesehen hat.

Ich stelle daher den

dringlichen Antrag

der vom Gemeinderatsklub der ÖVP unterstützt wird:

Der zuständige Gesundheitsstadtrat Karl-Heinz Herper wird ersucht, mit den zuständigen Stellen – der Österreichischen Agentur für Gesundheits- und Ernährungssicherheit, dem Bundesministerium für Gesundheit und dem Gesundheitsressort des Landes Steiermark als Unterstützung Gespräche zu führen, um zu erreichen, dass die Schließungspläne für das Institut für

Lebensmitteluntersuchung in Graz zurückgenommen werden und der Erhalt des Instituts gesichert wird. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Herper** zum Antrag: Lieber Heinz, das ist ein ganz, ganz wichtiger dringlicher Antrag, der meine, unsere volle Unterstützung trifft. Ich würde froh sein, wenn das ganze Haus diesen dringlichen Antrag unterstützen würde. Du hast vollkommen Recht, die beabsichtigte Schließung, die bei einer Diskussion am 8.11. ofenkundig geworden ist, damals mit dem Titel „Lebensmitteluntersuchung Quovadis, Auswirkungen der Budgetziele auf das Gesamtsystem“, wo mir auch vom Gesundheitsamt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dies berichtet haben, trifft voll und steht voll im Widerspruch zur Ausweitung und Verbesserung der Lebensmittelkontrolltätigkeit in Graz und in der Steiermark und Gefahr im Verzug ist vorhanden. Die Konsequenzen der Schließung des Standortes, dass die gezogenen Proben nach Wien und Innsbruck transportiert werden müssten, daher die unmittelbare Untersuchung nicht mehr gewährleistet ist, vor allem die Qualität der mikrobiologischen bei verderblichen Proben auch bei organoleptischen Untersuchungsergebnissen muss diesmal bei diesen Fällen in Frage gestellt werden, Beispiele Fleisch, Faschiertes, Milch, Fabrikwaren, Feinbackwaren, äußerlich auffällige Verdachtsproben. Ein Rückschluss der Untersuchungsergebnisse ab dem Zeitpunkt der Probenziehung ist deswegen auch wichtig, weil es essentiell für Strafverfahren ist. Wir wissen das bei den Listerien im Hartberger Bauernquargel, beim Eierskandal, bei der Frage steirisches oder nichtsteirisches Kürbiskernöl etc. und auch bei grenzüberschreitenden Umweltkatastrophen, siehe Tschernobyl und mögliche sind immer bei umliegenden Atomkraftwerken für unser Gefährdungspotential wichtig, müssen rasch Proben gezogen werden. Und bei der Abklärung von

Trinkwasseruntersuchungen, wo Graz Ansprechpartner für die amtliche Kontrolle ist und privaten Versorgungsunternehmungen geht es auch klarerweise um die lokalen Gegebenheiten. Damit besteht gar keine Frage, wir müssen eine gemeinsame Widerstandsfront bilden, ich werde die Gespräche sofort bei Beschluss dieses Gemeinderates morgen aufnehmen, werde vorstellig werden bei den zuständigen Stellen im Land und im Bund, weil da ist Gefahr im Verzug, wir würden die Lebensmittelqualität, die Lebensmitteluntersuchung, die Qualität ernstlich gefährden in Graz und in der Steiermark und deswegen volle Unterstützung, lieber Heinz, ein toller dringlicher Antrag. Gratuliere (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Kollege Baumann! Dieser Antrag ist, da er die Lebensmittelsicherheit betrifft ein ganz, ganz wichtiger auch aus meiner Sicht. Wir sind hier in einem Themenfeld, wo es darum geht, die Steiermark nicht zu benachteiligen gegenüber anderen Regionen, ich spreche einmal konkret den Wiener Raum an. Ich möchte aber noch einfach als Ergänzung hinzufügen, dass nicht nur das Institut für Lebensmitteluntersuchung von den geplanten Sparmaßnahmen betroffen ist, sondern auch der veterinärmedizinische Bereich, wo Untersuchungen zum Beispiel von Kotproben gemacht werden bei Haustieren ebenso wie bei Schweinen und dass hier Graz derzeit noch die erste Anlaufstelle ist für daraus folgende Durchfallserkrankungen oder Vergiftungsfälle, die natürlich auch eine unmittelbare oder mittelbare Relevanz auch für uns als Menschen haben kann. Also hier steht ein Konzept dahinter, die Institutionen in der Steiermark aufzulösen oder so herunterzufahren, dass sie auch danach wirtschaftlich nicht mehr führbar sind und daher sollten wir uns wirklich unisono gemeinsam gegen diese Einsparungsmaßnahmen wehren. Daher auch meine Unterstützung. Danke.

GR. **Baumann**: Ich danke für die breite Zustimmung im Namen auch der AGES oder der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der AGES. Einen kleinen Seitenhieb möchte ich mir nicht ersparen. Die Agentur ist gegründet worden als Ausgliederungsprojekt, wenn die Politik bei Ausgliederungen nicht ausreichend schaut darauf, dass die Sicherheit auch der Arbeitsplätze gewährleistet ist und die Aufgaben erfüllt werden können, dann sind Ausgliederungsprozesse schon auch eine Gefahr, nicht nur für die Gesundheit, sondern auch für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und dann auch für die Aufgabe, die zu erfüllen ist, nämlich eine Lebensmitteluntersuchung eine Stelle zu schaffen, die ohne ausreichende staatliche Unterstützung nicht auskommen wird, weil es keine Drittmitteln für eine solche Stelle geben soll und geben darf, nämlich das ist ursprüngliche staatliche Aufgabe und ich bedenke, also ich gebe zu bedenken, dass Ausgliederungsprozesse immer auch mit dem Focus zu sehen sind, dass die Verantwortung für das, was zu tun ist, bei der Stadt, beim Land oder in dem Fall beim Bund bleibt. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Petition an die Bundesregierung – Rücknahme des Belastungspaketes in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Familie und Pflege

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt namens von ÖVP, SPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein dringlicher Antrag als Petition an die Bundesregierung zur Rücknahme des Belastungspaketes in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Familien und Pflege. Was ist los im Lande Österreich? Seit die Bundesregierung bei ihrer Klausur in

Loipersdorf ihr Sparpaket der Öffentlichkeit präsentiert hat, ziehen sich Wellen der Empörung über das ganze Land und anscheinend auch über alle Parteigrenzen hinweg. Wir kennen es in allen Parteien, gibt es hier eindeutig Widerstand zu Recht.

In Vorarlberg fordert der Landtag einstimmig die Rücknahme des Sparpaketes in den Bereichen Familie und Pflege, in Wien meldet sich ein ehemaliger Wissenschaftsminister sehr pointiert zu Wort gegen die Kürzungen im Forschungsbereich und er ist ja nicht alleine, ich glaube, rund 15.000 Unterschriften wurden hier bereits gesammelt im Internet. Dieser Kahlschlag im außeruniversitären Forschungsbereich findet auch großen Protest.

Vor allem aber regen sich Studierende auf zu Recht, sie demonstrieren mit Unterstützung der ÖH gegen diese Kürzungen im Bereich der Familienförderung, gegen diese überfallsartige Abschaffung der Familienbeihilfe.

Was ist denn in diesem Belastungspaket alles verpackt? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit – diese würde den Zeitrahmen bei weitem sprengen – erwähne ich hier nur einige der einschneidendsten Vorhaben:

Im außeruniversitären Bildungsbereich ist ein Kahlschlag sondergleichen geplant. Ein Grossteil der Subventionen soll ohne Evaluierung Mitte 2011 eingestellt werden. Dies würde nicht nur das Ende vieler Arbeitsplätze in den Forschungseinrichtungen, sondern auch die Einwerbung von Drittmitteln zunichte machen. Ohne Basisförderung ist es in der Forschung nicht möglich, EU-Anträge zu stellen, Drittmittel einzuwerben und am Markt zu bestehen. Selbstverständlich hat das massive Auswirkungen auf die Jobs der derzeitigen WissenschaftlerInnen und natürlich auch auf die NachwuchswissenschaftlerInnen.

Im Bereich der Familienförderung ist wohl die Streichung der Familienbeihilfe für über 24jährige Studierende besonders einschneidend. Neben all den anderen Belastungen für Familien wird hier der Studienabschluss vieler junger Menschen

leichtfertig gefährdet. Sozusagen von heute auf morgen, angeblich ist hier Besserung zugesagt, warten wir es ab, sozusagen von heute auf morgen verlieren Studierende damit nahezu die Hälfte ihres Einkommens, da mit der Familienbeihilfe auch andere Leistungen verknüpft sind. Das war nicht allen klar bei der Beschlussfassung, wie sie nachher zugegeben haben, manche waren überrascht, was hier noch alles mit dran hängt. Vertrauensschutz scheint ein Fremdwort zu sein wie die Tatsache, dass Bildung wohl unsere wichtigste Zukunftschance darstellt. Nur zur Klarstellung: auch bisher war der Bezug der Familienbeihilfe an entsprechende Leistungsnachweise gebunden. Wer diese nicht erbringen konnte, verliert den Anspruch auf Familienbeihilfe, auch unter 24 Jahren.

Die 13. Familienbeihilfe, die jetzt wieder teilweise abgeschafft werden soll, ist die teilweise Abgeltung des Wertverlustes infolge der Nichtvalorisierung seit 2001. Sinnvoll wäre natürlich die laufende Valorisierung der Transfers, auf der anderen Seite natürlich auch eine Valorisierung von Steuern und Gebühren, nur Transfers zu Valorisieren und die Einnahmen nicht zu erhöhen geht sich einfach budgettechnisch nicht aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Sparpaket ist unüberlegt und unausgegoren. Sparen ja, aber bitte mit Herz und Hirn. Graz zeigt vor, wie man Budgets nachhaltig sanieren kann, ohne dass die Leistungen überfallsartig eingestellt werden. Graz zeigt vor, dass nachhaltige Budgetsanierung auch ohne Kahlschlag bei wichtigen öffentlichen Aufgaben möglich ist.

Deshalb stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge im Wege der Petition an die Bundesregierung herantreten und diese ersuchen, das in Loipersdorf beschlossene Sparpaket - insbesondere in den

Bereichen Bildung und Wissenschaft, Familie und Pflege - nachzuverhandeln. Wesentliche Ziele sind dabei keine zusätzlichen Belastungen von Familien und keine Einsparungen in den Bereichen Bildung und Wissenschaft. Diese Bereiche sind unsere Zukunftschance und in Österreich bereits seit langem chronisch unterfinanziert (*Applaus Grüne und KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

6) Belastungspaket der Bundesregierung

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Aufbrechen einer Spekulationsblase in den USA hat zu einer Weltwirtschaftskrise geführt. Im Zuge dieser Krise wurden die hochriskanten Spekulationsgeschäfte und die hohen Managergehälter offenbar. Um das Wirtschaftssystem und insbesondere die Banken zu retten, wurden von den Regierungen hunderte von Milliarden in die Wirtschaft gepumpt. Damit haben sich die öffentlichen Haushalte enorm verschuldet.

Nun werden Belastungspakete geschnürt, um die Staatsfinanzen wieder in den Griff zu bekommen. Aber anstatt sich das Geld bei den Verursachern der Krise zu holen, soll die breite Masse der Bevölkerung die Hauptlast tragen. Leider wird dieser Weg auch in Österreich beschritten. Mit Maßnahmen wie der Kürzung der Familienbeihilfe, der Erhöhung des Eintrittsalters bei den Pensionen, Kürzungen beim Pflegegeld, der Erhöhung von Massensteuern auf Benzin und Diesel oder der Abschaffung des Alleinverdienerabsetzbetrages werden die arbeitenden Menschen

zur Kasse gebeten. Die Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft, wie die Bankenabgabe, die Aktiensteuer oder die geänderte Besteuerung von Stiftungen sind nur Kosmetik. Sie erbringen nur einen geringen Bruchteil jener Summen, mit denen der Rest der Bevölkerung belastet wird.

Österreich ist ein reiches Land und hat die geringste Vermögensbesteuerung aller OECD-Länder. Das Vermögen der Millionäre in Österreich wächst auch in Krisenzeiten zwischen acht und zehn Prozent pro Jahr. Ein besonderes Steuerprivileg sind die Privatstiftungen, die es reichen Privatpersonen ermöglichen, ihr Vermögen steuerschonend anzulegen. Das beinhaltet derartig große Steuervorteile, dass es in Österreich kein nennenswertes Vermögen mehr gibt, das nicht in einer Stiftung angelegt wäre.

Die von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen belasten die Haushaltseinkommen. Das führt zu einer Abnahme der für die Wirtschaft so wichtigen Kaufkraft. Steuern auf Vermögen und Gewinne, insbesondere Spekulationsprofite und die Abschaffung der Stiftungen hingegen würden nicht zu Lasten der Massen und der allgemeinen Kaufkraft gehen. Es wäre daher auch wirtschaftlich sinnvoll, die Budgetsanierung nicht über den Weg von Massenbelastungen, sondern über eine Vermögensbesteuerung durchzuführen.

Ich stelle daher namens der KPÖ den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz spricht sich gegen das von der Bundesregierung vorgelegte Belastungspaket aus. Die geplanten Verschlechterungen im Bereich der Familien, der Studierenden, der Pflegebedürftigen und der Pensionisten und Pensionistinnen sind abzulehnen. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf, eine Sanierung des Budgets über eine verstärkte Besteuerung von Vermögen und Gewinnen,

insbesondere Spekulationsgewinnen, anzustreben. Auch das Steuerprivileg der Privatstiftungen ist abzuschaffen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ein Antrag wurde eingebracht mehrheitlich mit ÖVP und SPÖ, das war der grüne Antrag, deswegen kommen wir jetzt zur Dringlichkeitsdiskussion des letzteingebrachten Antrages von der KPÖ.

GRin. **Potzinger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! mit der Rücknahme der zusätzlichen Belastungen für Familien, Pflegebedürftige beschäftigt sich auch der Grüne Antrag, wo, wie die Frau Vorsitzende gesagt hat, selbstverständlich unsere Zustimmung gegeben ist. Der KPÖ-Antrag beinhaltet Forderungen, die sich nicht mit unserer Meinung decken, man kann reden über eine europaweite Vermögenszuwachssteuer, aber die hier empfohlenen Vermögensbesteuerungen würden nicht das entsprechende Ergebnis bringen. Die ÖVP-Fraktion lehnt deshalb den KPÖ-Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt ab (*Applaus ÖVP*).

StR. **Herper**: Wir dürfen uns, Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen uns nicht für den Nabel Österreichs halten, aber es ist schon eine wesentliche Stimme, wenn in der zweitgrößten Stadt Österreichs Kritik geübt wird an dem Sparpaket, das wirklich, lieber Gerhard, lieber Andreas, unüberlegt ist, ich sage ja mit den Worten des Caritaspräsidenten Franz Küberl, das Sparpaket ist umzupacken, gar keine Frage. Es gab ja Reaktionen, Demonstrationen vom Kardinal angefangen über Landesregierungen, Institutionen, Sozialeinrichtungen, Religions-

und Interessensgemeinschaften. Gemeldet haben sich die Familienverbände, gemeldet haben sich natürlicherweise die Rettungsorganisationen, die sich bedroht fühlen und Küberl hat besonders auf die Not hingewiesen, die die Kürzungen für pflegebedürftige Leute und Menschen trifft und entsprechend die Notlage. Deswegen werden wir, in Loipersdorf haben sie uns auch nicht gefragt, jetzt werden wir den Wunsch und der dringenden Anliegen der Bevölkerung nachkommen beiden Dringlichen die Dringlichkeit zuzusprechen, noch dazu, wo auch die Kollegin Karin Sprachmann noch einen Antrag stellt, wo auch die Einschnitte in den Bereichen Wissenschaft, Bildung bedroht sind. Die Nachjustierungen sind angekündigt. Ich lese mit großem Interesse aufgrund der gestrigen Nationalratsdebatte und dem Druck, nämlich der Öffentlichkeit und dem Druck der Gespräche und der Diskussionen. Es muss nachverhandelt werden, das ist das unbedingte Muss, der Ruf aus Graz, es muss nachverhandelt werden im Interesse der Familien, der Pflegebedürftigen, der Studierenden, der jungen Leute, aber auch der Seniorinnen und Senioren, das ist gar keine Frage. Ich lese mit Interesse, dass verhandelt werden soll, dass für ältere StudentInnen doch die Familienbeihilfe bezugsfähig sein soll, der Mehrkindzuschlag bleiben soll, wenngleich in abgeschwächter Form, da muss noch weitergeredet werden, der Alleinverdienerabsetzbetrag für Seniorenehepaare könnte erhalten bleiben und 18- bis 21-Jährige, die Arbeit suchen, können weiter Familienbeihilfe bekommen. Da muss der Druck aus Graz kommen, da muss nachverhandelt werden, da haben wir gemeinsames Interesse, das muss im Interesse der Familien, der Pflegebedürftigen, der sozial Schwächeren sein. Warum wir dem KPÖ-Dringlichen gleichfalls die Zustimmung geben liegt ganz einfach auf der Hand. Er ist wenngleich undifferenzierter als deiner, Gerhard, undifferenzierter Andreas viel direkter, aber ich bin von meinem Freund Joschi Ackerl gestern beeindruckt gewesen. Er hat 55.000 Unterschriften, die größte Initiativengruppe, parlamentarische Initiativensumme an Unterschriften gesammelt und übergeben der Parlamentspräsidentin Prammer gestern im Parlament, 55.000 Unterschriften zur Besteuerung von Vermögen und Reichtum. Und ich sage, eine Wirtschaftskrise haben nicht die Familien, haben nicht die ArbeitnehmerInnen verschuldet, die sozial Schwächeren, wenn jemand zur Kasse

gebeten werden soll, dann sollen es die, die es sich leisten können und die Besteuerung unterstützen wir durchaus, gar keine Frage. Es sollen die Menschen nicht ein zweites Mal zur Kasse gebeten werden, deswegen werden wir beide Dringlichen unterstützen. Dankeschön (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GR. **Schröck**: Verehrte Damen und Herren! Wahrhaftig dieses Sparpaket ist ein Sparpaket des Grauens. Vor allem, wo wir im Angesicht einer immer noch spürbaren Wirtschaftskrise davon sprechen können, dass das fast schon ein Verbrechen an der Bevölkerung ist. Es ist keine einzige Vorgabe des Rechnungshofes im Bereich der Verwaltungsreform bislang auch nur im Ansatz in Betracht gezogen worden von dieser Bundesregierung, es werden weder die Sozialversicherungen zusammengelegt noch eine umfassende Politik und Verwaltungsreform angegangen. Stattdessen belastet man die Menschen unseres Landes, gefährdet mit dieser Art von Politik den Wirtschaftsstandort und minimiert das Wachstum und beschneidet nicht zuletzt auch die Kaufkraft. Und auch wenn die Kollegen von der SPÖ schon hundert Mal gehört haben und trotzdem nicht umsetzen, ist es vielleicht ganz gut, wenn man es noch einmal unterstreicht. Eine Vereinfachung des Gesundheitssystems zum Beispiel, die Zusammenlegung der Krankenkassen, würden knapp 2,9 Milliarden Euro bringen. Eine Schulreform brächte mehr als 100 Milliarden Euro, eine Verwaltungsreform drei Milliarden Einsparungseffekte. Und für diese Reformen braucht man zwar Mut, oder die kann man auch belächeln, aber man hätte immerhin die Bevölkerung auf seiner Seite. Die Bundesregierung macht aber lieber das, dass sie das rot/schwarz System schützt und die Bevölkerung bestraft. Die Regierung belastet Familien, Pendler, Klein- und Mittelbetriebe und vor allem unsere Jugend und vor allem sozial Schwache. Wir wollen stattdessen Österreichs Familien und Jugend für die Zukunft stärken und wir wollen vor allem wieder auch den Bildungsstandort Österreich aus der internationalen Bedeutungslosigkeit holen. Deswegen natürlich ein Ja zur Dringlichkeit und auch zum Inhalt, wobei mir noch gestattet sei zu sagen, dass diese

Petitionssucht, die mittlerweile bei den dringlichen Anträgen um sich greift, sicher auch mit dem Wege des direkten Gesprächs mit den Kolleginnen und Kollegen in dem zuständigen Parlament hier auch getan wäre. Danke.

GR. Mag. **Fabisch**: Ich weiß nicht, ob es dann noch ein zweites Mal die Möglichkeit dazu gibt, etwas dazu zu sagen. Lieber Kollege Schröck, Verwaltungsreformen werden etwas bringen, davon bin ich überzeugt. Doppelgleisigkeiten, ich kenne es zum Beispiel aus dem Schulbereich sind sicher selten sinnvoll, aber sie werden sicher nicht diese Milliarden Summen zur Verfügung stehe, von denen du gesprochen hast. Es wird nur eine Möglichkeit geben, das Geld wird dort geholt werden müssen, wo es ist, bei den Reichen und Superreichen, es gibt keine andere Möglichkeit (*Applaus KPÖ*). Das ist das Beste für die Kaufkraft, für die Wirtschaft, für die Demokratie, es wird nicht anders gehen. Vergessen Sie nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Auswirkungen auf die Kommune, wenn derartige Programme auf die österreichische Bevölkerung losgelassen werden. Vergessen Sie nicht, was das für Graz hier bedeuten wird, welche Auswirkungen diese Kürzungsprogramme zeitigen werden. Wir werden viel mehr soziale Hilfebrauchen, das wird die Kommunen treffen, die eh schon am Zahnfleisch daherkommen, die Wohnungsproblematik wird sich deutlich verschärfen, bis hin zu Gesundheitsfragen kommen unzählige weitere Probleme auf Graz und auf alle anderen Kommunen dazu. Noch einmal, es wird nicht anders gehen, das Geld ist dort zu holen, wo es ist. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit des KPÖ-Antrages wird mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Potzinger** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Wohlfahrt hat sehr ausführlich dargelegt, warum das Spar- oder Kürzungspaket in dieser Form nicht akzeptabel ist. Ich möchte das noch mit ein paar Fakten unterstreichen. Es ist Österreich keinesfalls Europameister bei der Familienförderung, wir haben hier die aktuelle OECD-Auswertung der Familienleistungen, was Paarförderungen, Services und steuerrechtliche Berücksichtigung der Familien betrifft, da ist Österreich im Europaranking nicht an erster Stelle, nicht unter den ersten fünf, nicht unter den ersten zehn, sondern an zwölfter Stelle. Es ist noch großer Nachholbedarf gegeben. Insbesondere was steuerrechtliche Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen betrifft, es ist deshalb auch die Forderung der SeniorInnenvertreter sehr berechtigt, das wenigstens der Alleinverdienerabsetzbetrag in der jetzigen Form diese 364 Euro im Jahr, bitte das ist ein Euro pro Tag, erhalten bleiben, das ist nur eine symbolische Anerkennung, vor allem für die Leistung der Frauen, die als Mütter ihre Kinder großgezogen haben und Familienarbeit geleistet haben. Zweites Argument, dass Sachleistungen sehr wohl auch förderlich sind für eine Geburtenrate, die eher ansteigt als abfällt. Vor zehn Jahren wurde das Kinderbetreuungsgeld eingeführt und alle Fachleute waren sich einig, wenn es dadurch gelingt, die Geburtenzahlen in Österreich zu stabilisieren ist es ein großer Erfolg und die neue Auswertung der Statistik Austria zeigt uns sehr deutlich, dass das massive Abfallen der Geburtenraten zwischen 1990 und 2000 gebremst werden konnte und sogar gestoppt werden konnte, also seit zehn Jahren haben wir gleichbleibend zirka 1,4 Kinder pro Familie, das heißt, Familienförderung zahlt sich aus und die Studierenden müssen Studienbedingungen haben, dass sie möglichst schnell fertig sind. Deshalb ist der Antrag vom Kollegen Wohlfahrt inhaltlich wohl formuliert und wird von uns so mitgetragen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Belastungspaket wurde schon von zahlreichen Rednern beleuchtet. Für mich, wenn man die einzelnen Maßnahmen abwägt und im Verhältnis zueinander setzt sind auch die einschneidenden Maßnahmen im Bereich der Familie das Einschneidenste, das wirklich die Zukunft unserer Gesellschaft trifft und jene führenden Politiker unseres Landes, die der Meinung sind, dass man mit 24 Jahren etwa ein anspruchsvolles Studium ordnungsgemäß absolviert haben könnte, die haben anscheinend selber nicht einmal einen Fuß in eine Hochschule gesetzt, das ist nicht einmal in der Regelzeit zu machen geschweige denn unter den erschwerten Bedingungen, die es bei Laborplätzen, bei entsprechenden Vorlesungen oder Übungen gibt, das ist einfach eine Farce und drückt unser Niveau an Bildung auf ein Niveau ab, auf ein Maß, das weder die Wirtschaft noch unsere Gesellschaft brauchen kann. Ich habe beide Anträge von den Antragstellern gewogen, für mich ist vom Antragstext der Antrag der Grünen akzeptabel, da kann ich mit, in der Petition hat sich die Grüne Fraktion ein bisschen verrannt, weil ich sage, sich selber so zu loben erscheint mir unangepasst. Den Antrag der KPÖ habe ich auch sehr geprüft, es gibt sicher Punkte, wo wir uns inhaltlich annähern, wenn es etwa darum geht, Besteuerung von Fremdwährungskrediten, von Fremdwährungsspekulationen, da kann ich mir das durchaus ein inhaltliches Mitgehen vorstellen, aber wenn es darum geht, einfach Belastungen via Vermögensbesteuerung und allgemeine Gewinnbesteuerung zu machen, so sage ich und warne davor, dass hier nicht die zwei Prozent Reichsten der Österreicher gemeint sind, sondern die Mehrzahl, die große Schicht des Mittelstandes in unserem Lande. Das sind jene, ich habe das auch in der Arbeiterkammer gehört, wo es dann beginnt mit Einheitswerterhöhungen entsprechend das Vermögen aufzupeppen und dann zu einer Besteuerung zu führen. Vielleicht besteht ja noch Diskussionsbedarf, aber hier kann ich nicht mit und da bin ich sicherlich dem Mittelstand verpflichtet, dass es hier nicht zu einen Kahlschlag für breite Bevölkerungsschichten kommt, wo man hier vorgaukelt, die Reichsten zu treffen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und eine breite Masse von vielleicht gar nicht so reich meinenden durchaus vielleicht besser Situierten, als der

Durchschnitt der Bevölkerung, aber hier ganz massiv getroffen wird und ein weiteres Mal nach der Einkommensbesteuerung noch einmal zur Kasse gebeten wird. In diesem Sinne unterstütze ich den KPÖ-Antrag nicht. Danke.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute hat auch die fünfte Vollversammlung der AK getagt und auch hier war natürlich ein Hauptpunkt dieses jetzt angesprochene Thema. Nachdem ich ja in Doppelfunktion eben einerseits Gemeinderat bin aber andererseits AK-Rat auch bin und heute deswegen auch später gekommen bin, kann ich mit Freude berichten, dass auch hier in der AK kommt das relativ selten vor, nachdem ja dort in der AK, genauso wie in diesem Haus ja alle Fraktionen vertreten sind (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), eine einheitliche Ablehnung zum, wie auch immer, nennbaren Paket dieser Bundesregierung in Loipersdorf, die wahrscheinlich zu lange in der Sauna war und zu viele Aufgüsse miterlebt hat, eine einheitliche Ablehnung dieses Pakets auch in der AK festzustellen war. Es haben sich einige Punkte herauskristallisiert, es ist eh schon angeschnitten worden, gerade zum Beispiel das Problem Kinder, auf der einen Seite wird immer wieder versucht mehr Kinder, dass man mehr Kinder und Familien fördert, das wurde von der Bundesregierung mit einem Federstrich zunichte gemacht. Es ist auch das Zweite und das trifft natürlich gerade eine Universitätsstadt so wie Graz, Kollege Mariacher hat das eh erwähnt, fast unmöglich. Weil wenn man sich heute nur einen jungen Mann anschaut, der in die HAK geht, der ist 19, die HAK absolviert, Bundesheer macht, bei dringlichen Anträgen werden wir zu sprechen kommen, ob es noch weiterhin ein Jahr ist dann, dann ist er 20 und dann studiert er zum Beispiel Medizin oder Technik, da ist es unmöglich, das ist praktisch unmöglich fertig zu sein und damit ist das und das muss man auch sagen, es sind pro Kind sind das im Jahr mindestens zweieinhalbtausend Euro, unabhängig davon, dass es natürlich viele Firmen gibt, die auch noch zusätzlich für Kinder, Kinderbeihilfe oder Familienbeihilfe geben, die aber an die staatliche Familienbeihilfe gebunden ist, also

ist das schon eine sehr imposante Summe, die einer Familie entgeht. Und deshalb auch von unserer Seite her, natürlich die Zustimmung zu diesen Anträgen, weil wir glauben einfach, dass es wichtig ist, nicht nur am Sonntag immer wieder für die Familie zu reden sondern auch hier für die Familie einzustehen und nach Wien, so wie es die AK heute gemacht hat, ein Signal zu senden, dass auch der Grazer Gemeinderat mit diesen Mitteln, nicht einverstanden ist und ich glaube, vielleicht könnte man noch etwas ändern, ich glaube, am 23. Dezember ist es in dem Fall dann wirklich zu spät und ich glaube, wenn aus allen Städten und aus allen Bevölkerungsschichten so massive Ablehnung kommt, dann wird sich auch diese Bundesregierung das überlegen und eingestehen, dass sie einen Fehler gemacht haben. Wie gesagt, wir werden zustimmen (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt, noch bevor es zum Schlusswort kommt noch eine kurze Anmerkung, weil der Herr Gemeinderat Schröck gemeint hat, Petitionen ja, es stimmt hier herinnen gibt es viele Petitionen, ich glaube, dass gerade diese Petition aber eine ist, die Sinn macht, weil wenn sich der Gemeinderat der zweitgrößten Stadt in Österreich deutlich meldet, dann ist das als Petition sehr gerechtfertigt.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Danke für die Unterstützung, die sich schon abzeichnet. Eine kleine Anmerkung zu meinem Antrag. Es ist eine Petition an die Bundesregierung ja, es ist eh soeben gesagt worden, aber ich denke mir auch in der Petition möchte ich vor allem das zum Ausdruck bringen, was untragbar ist und deswegen habe ich genau diese Dinge aufgezählt, die in erster Linie untragbar sind, weitere sind natürlich noch versteckt. Aber ich habe nicht unbedingt Lösungsvorschläge geboten. Ich denke, das ist Sache des

Bundesgesetzgebers. Also ich möchte ihm nicht sagen, was er gescheiter machen muss, selbstverständlich gibt es hier gute Vorschläge im Antrag vom Kollegen, aber das erste, glaube ich, ist unsere Funktion zu sagen, was nicht sein kann. Das andere ist zu den Lösungsvorschlägen, die der Kollege Schröck angezogen hat, da ist die schöne Summe von 100 Milliarden gefallen, es gibt viele Nullen, 100 Milliarden hat schon ganz viele Nullen, nur ein kleiner Hinweis, 100 Milliarden ist zirka das Bundesbudget von einem Jahr, wenn man das locker in einem Bereich einsparen kann, das wäre echt ein Wunderding, aber ist egal, mit Zahlen sind wir nicht so genau, sagen wir einfach viel, das reicht in dem Fall. Was gibt es sonst zu sagen? Ich persönlich glaube schon, dass es nicht nur über Vermögenssteuern gehen kann, das ist ganz ein wichtiger Weg, keine Frage, wir stehen auch dazu, dass gewisse Massensteuern steigen, insbesondere die, die ökologisch oder sinnvoll lenken. Also prinzipiell kann es schon sinnvoll sein, eine Mineralölsteuer anzuheben, eine Tabaksteuer anzuheben, aber das alleine kann es nicht sein, wie wir das Budget finanzieren, hier fehlt eindeutig der Beitrag jener Personen, die hier noch viel beitragen könnten, hier wäre es eindeutig nachzubessern. Aber eine gewisse Ökologisierung des Steuersystems, das macht schon Sinn, auch wenn es alle trifft, alle, die sich nicht ökologisch verhalten sei auch dazugestellt. In der Stadt gibt es Alternativen, in der Stadt muss niemand mit dem Auto fahren, wir sollten eher daran arbeiten, dass der öffentliche Verkehr besser wird, auch das wird möglich sein. Am Land ist es ein bisschen schwieriger zu diskutieren, aber momentan zurück zum Thema. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir mit möglichst breiter Mehrheit, ich glaube, es könnte fast einstimmig werden, dem Bundesgesetzgeber sagen, welche Belastungen die Gemeinde Graz absolut für nicht gut empfindet und wo wir eindeutig auf Nachverhandlungen bestehen müssen. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Antrag von GR. Dr. Wohlfahrt wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag von GR. Mag. Fabisch wurde mit Mehrheit angenommen.

7) Erhaltung der allgemeinen Wehrpflicht – Petition an den Bundesgesetzgeber

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Bürgermeister, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Ich werde mir erlauben, das stichwortartig zu interpretieren, weil ich glaube, das ist eine relativ lange Angelegenheit, ich will Sie nicht unbedingt damit noch länger auf die Folter spannen. Worum geht es in meinem Antrag, es geht eigentlich darum, dass der Versuch, beginnend mit der Gemeinderatswahl oder mit der Landtagswahl in Wien wieder einmal die Diskussion sowie aus dem Loch Ness wieder einmal wieder aufgetaucht ist, das Nessi, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Es ist immer wieder betont worden, dass Österreich in einem schönen Verband lebt, dass sozusagen uns nichts mehr passieren kann, dass auch rundherum sehr viele Staaten schon die Wehrpflicht abgeschafft haben, das ist sicher richtig, nur hat man eigentlich vergessen zu bemerken, dass viele Staaten, zum Beispiel Tschechien, Slowakei schon sehr große Probleme haben, um ihre Berufsheere überhaupt zu rekrutieren beziehungsweise es gibt einige Untersuchungen zum Beispiel in den Niederlanden, dass die Berufsheere, die eben bedingt durch die Abschaffung der Wehrpflicht aufgestellt wurden, einen sehr rapiden Verfall des Ecus zu verzeichnen hatten. Es ist auch so, dass Heere, und das möchte ich gerne der SPÖ ins Stammbuch schreiben, wo ja einer ihrer Hauptproponenten oder einer ihrer mächtigsten Männer der Wiener Bürgermeister ja sehr stark dahinter steht, die Wehrpflicht abzuschaffen, dass gerade unserer Meinung nach oder meiner Meinung nach die Einführung eines Berufsheer beziehungsweise die Abschaffung der Wehrpflicht auch ein demokratiepolitisches Wagnis ist, dass es eben zu einem starken Staat kommen könnte und das wollen wir vermeiden. Ich darf jetzt dann doch

sehr genau zum Antrag kommen, weil es mir darum geht auch ein sehr wichtiges Element für die Kommunalpolitik zur Diskussion zu stellen.

Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht wäre ein wesentlicher staatspolitischer Eingriff und macht eine Diskussion auf allen politischen Ebenen notwendig. Zahlreiche zivile Versorgungseinrichtungen würden ihrem aktuellen Aufgabenbereich kaum nachkommen können, da vor allem der medizinische Versorgungs- und Betreuungssektor zu einem nicht unwesentlichen Teil von Zivildienern getragen wird. Ich erinnere nur, alle Kollegen, die ja sehr oft auch mit mir bei den Rettungsorganisationen sind, bei Festakten und so wissen, dass zum Beispiel in der Nacht die ganze Rettungsorganisation fast nur mehr von Freiwilligen und unter Tag auch zumindest zu 50 % von Zivildienern getragen wird, die dann nicht mehr zum Einsatz kommen. Es sind daher auch kommunale Vertretungskörperschaften angehalten, meinungsbildend tätig zu sein und somit auf die höhere politische Entscheidungsebene entsprechend einzuwirken. Aufgrund der Aktualität der gegenständlichen Diskussion ergeht somit nachstehender

d r i n g l i c h e r A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz richtet an die zuständigen Stellen des Bundesgesetzgebers eine Petition, deren Inhalt darauf abzielt, die – zweifelsfrei notwendigen - militärischen Strukturreformen unter Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht durchzuführen. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die KPÖ setzt sich stets für eine unbedingte

Aufrechterhaltung, man kann auch sagen, Wiederinstallierung oder Wiedererweckung unserer Neutralität ein, die wir, wie Sie sicher wissen, am 26. Oktober ja gefeiert haben, auch die Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Seit dem EU-Beitritt wird verstärkt versucht, unsere Neutralität, Stück für Stück auszuhöhlen, Artikel 23f unserer Bundesverfassung und die Petersberger Aufgaben sollen auf Kampfeinsätze im Ausland vorbereiten, die Battlegroups werden vorbereitet. Die allgemeine Wehrpflicht heutzutage in Diskussion zu bringen hat natürlich weniger den Zweck durch Reformen Einsparungen zu erreichen, sondern soll den Boden bereiten, die österreichische Bevölkerung aufs Berufsheer einzustimmen, dass dann für Auslandskampfeinsätze zur Verfügung stehen soll. Etwas, was mit ansonsten zivilen Bürgerinnen und Bürgern nicht möglich ist, sondern nur durch Berufssoldaten erreichbar ist. Ein Berufsheer aus eigenem Staat im Staat wird von uns schärfstens abgelehnt. Diese verdeckten Absichten stehen im schärfsten Widerspruch zu unserer Neutralität und daher werden wir diesem Antrag auch zustimmen (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.25 Uhr den Vorsitz.

StR. **Herper:** Werte Kolleginnen und Kollegen! Es gehört so etwas zur österreichischen Identität, auch zur sozialdemokratischen Identität, nämlich die allgemeine Wehrpflicht, nämlich sich keinen Verteidigungs- oder Militärpakt anzuschließen und die Neutralität nicht aufzugeben. Ich sage vorbehaltlich des Ergebnisses von Verteidigungsminister Norbert Darabosch seiner Arbeitsgruppe die Ergebnisse vorzulegen hat bis Ende des Jahres 2010, stehen wir natürlich unbedingt für die Aufrechterhaltung des derzeitigen Standards und der Einsatzbereiche des österreichischen Bundesheeres, ich sage das auch als Gedienter und Mitglied der

Offiziersgesellschaft, denn es geht um staatsvertragliche Aufgaben, die zu erfüllen sind, es geht um potentielle UN- und EU-Einsätze für die Soldaten des Österreichischen Bundesheeres und Offiziere, die im Einsatz stehen und es geht um Inlandsaufgaben, wie Grenzsicherung und Katastropheneinsätze. Ich verhehle aber nicht, dass mir der Vorschlag vom Wiener Bürgermeister Michl Häupl sehr sympathisch ist, nämlich durchaus auch die Bevölkerung mit einzubinden in die Letztentscheidung. Gar keine Frage, aber ich will nur auf die Konsequenzen darauf aufmerksam machen, was es heißt, der Zivildienst, die Folgen für das Rote Kreuz, Sozialorganisationen und Freiwillige Feuerwehr, die Frage, die sich daraus ergibt, der Kostenfaktor, nämlich die Kosten, die sich bei einem Berufsheer verdoppeln würden. Deswegen stehen wir zu einer allgemeinen Wehrpflicht. Wir lassen uns aber gerne überzeugen, sollten die Ergebnisse berechenbar sein, sollte das Ergebnis einbindbar sein, dann würden wir gerne in eine weitere Diskussion eintreten und auch die Bevölkerung befragen. Derzeit stehen wir zur allgemeinen Wehrpflicht, weil es dazu eine staatsvertragliche Aufgabe zu erfüllen gibt. Wir werden deshalb dem Dringlichen unsere Zustimmung nicht verweigern. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Ich darf mich da nahtlos anschließen bei Karl-Heinz Herper, er hat die verfassungsmäßigen Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres aufgezählt. Es ist die allgemeine Wehrpflicht nach der derzeitigen Realität, auch der budgetären Realität, die einzig mögliche Variante unseren verfassungsmäßigen Verpflichtungen nachzukommen. Es hat die Diskussion, der Karl-Heinz hat es angesprochen, in Wien im Zuge des Wahlkampfes gegeben. Es hat die Volkspartei beim Herrn Verteidigungsminister eingefordert eine Aufgabenanalyse des Bundesheeres vorzunehmen, es gibt eine Fristsetzung im Verteidigungsressort mit Ende des Jahres. Es werden die Inlandsaufgaben, namentlich der Katastrophenschutz, das ist sozusagen für uns jetzt hier die vordringlichste Aufgabe auch genau analysiert, welche Stärke eines Bundesheeres hierfür erforderlich ist (*Der Bürgermeister läutet*

mit der Ordnungsglocke). Wir müssen dieses Ergebnis abwarten, bevor wir irgendwelche andere Entscheidungen als die geltende reale Wehrverfassung anstreben oder wählen. Ich habe mir heute vom Mag. Hübel ein paar Zahlen geben lassen, die Sie vielleicht interessieren werden. Allein die Berufsfeuerwehr, die bei Katastrophen, die haben uns in all den Jahren heimgesucht durch die Hochwässer, hat 31.000 Einsatzstunden im Jahr geleistet, im Jahr 2009 davon zirka 6.000 nur für den Katastropheneinsatz. Das Bundesheer in der Steiermark hat in all den Jahren rund 100.000 Katastropheneinsatzstunden, also die Berufsfeuerwehr 31.000 im Normalfall, 1.500 davon im Katastropheneinsatz, 100.000 das Bundesheer, das kann außer ein zahlenkräftiges Bundesheer unsere Katastropheneinsätze niemand bewältigen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, die Zahlen sind sehr interessant, lassen Sie sich bei Ihrem Abstimmungsverhalten davon leiten, derzeit gibt es weit und breit für unsere Sicherheit keine Alternative (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schneider**: Die grüne Fraktion stimmt der Dringlichkeit des Antrages zu.

GR. Mag. **Korschelt**: Ganz kurz, Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Schneider** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen, besonders jene, die es vielleicht noch nicht gemerkt haben, der kalte Krieg ist vorbei. Es gibt kein Bedrohungsszenario für Österreich bei dem eine Massenarmee als Antwort nötig ist.

Junge Menschen zu einem mehrmonatigen Dienst zu verpflichten, obwohl es keinen Grund mehr dafür gibt, das sind vormoderne oder totalitäre Vorstellungen. Mit einem liberalen Rechtsstaat hat das nichts mehr zu tun, lesen Sie bitte beim Look einmal nach. Es passiert auch entsprechend viel Unfug mit dem Bundesheer, da müssen zum Beispiel junge Menschen mit geladenen Waffen in der Hand in der schönen Landschaft des Burgenlandes herumstehen für nichts doch für etwas schon, für mehrere Millionen, die das Jahr für Jahr kostet. Leider gibt es auch Unfälle mit Todesfolge, die vermeidbar sind, wenn man derartig sinnlose Einsätze nicht durchführt. Es gibt einen weiteren Unfug, der momentan beim Bundesheer passiert. Nämlich eine viel zu kurze Ausbildungszeit. Jemanden, den man nur sechs Monate ausbilden kann, den kann man ja, und die werden ja wohl zu so etwas wie Soldaten ausgebildet, sie werden allerdings keine, weil man unmöglich Leute, die nur sechs Monate lang ausgebildet wurden, in eine wirkliche Extremsituation entlassen darf. Warum geht es in Wirklichkeit bei dieser Bundesheerdebatte und das ist leider wieder so eine Sache, wo die österreichische Politik nicht sehr gut wegkommt, es geht um das Interesse natürlich für zahlreiche andere Organisationen, es ist ja die Rede gewesen davon vorhin, es geht um das Rote Kreuz, es geht um viele Organisationen, die so wichtige Sozialdienste für die Gesellschaft leisten, es geht darum, diese Organisationen mit Arbeitskräften zu versorgen. Warum muss die Politik in Österreich auch wieder einmal durch das Hintertürl hineinschleichen und diese sehr wichtigen Dienste mit einer Wehrpflicht sicherstellen, die eigentlich aufgrund des nicht mehr bestehenden Bedrohungsszenarios nicht nötig ist, sehr schade, durchs Hintertürl hinein. Gehen wir doch durch die Vordertüre, was das angeht, bauen wir ein System der Freiwilligkeit auf in Österreich, das ist möglich, es sind viele, viele junge Leute, die gerne was beitragen wollen, aber kommen wir diesen Freiwilligen dann auch entgegen. Machen wir ihnen die Freiwilligkeit möglich, indem wir zum Beispiel für ein Jahr Freiwilligendienst auch entsprechende Pensionsbeiträge einzahlen und wir werden genug Freiwillige haben, die sehr gerne einen Dienst an der Gesellschaft auch leisten. Von mir aus auch mit Leuten, die in der Miliz was machen wollen aber freiwillig und nicht mehr als Zwangsdienst. Wir sind für

eine Berufsarmee, die natürlich in ein europäisches Verteidigungssystem eingebaut ist, wir hoffen natürlich auf eine friedlichere Welt, das muss man aber auch aktiv verfolgen und auch für die Freiwilligkeit, dass die besser gefördert wird und zwar zu einer echten Freiwilligkeit auch wird und auf diese Weise auch den Dienst an der Gesellschaft gewährleistet, das ist möglich. Insofern stimmt die grüne Fraktion gegen diesen Antrag (*Applaus Grüne*).

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Kollege Mag. Korschelt, lieber Blue Harry! Ich kann deine Ängste, die du vor allem am Schluss deines Antrages vorgebracht hast, nicht unbedingt teilen, denn es ist ja vielmehr so, dass es sogar deutliche Vorteile mit sich brächte, wenn bei einer Abschaffung der Wehrpflicht, die bei Hilfsorganisation fehlenden Zivildienstler durch hauptamtliche Mitarbeiter ersetzt werden würden. Weil jedes Jahr werden um die 43.000 Männer im besten Erwerbsdienstalter aus ihrer Berufsausbildung, aus ihrem Studium oder aus den Berufen selbst gerissen, um einen Zwangsdienst zu leisten. Ich denke mir, dass nach Berechnungen fast 10.000 junge Menschen hier bei Rettungs- und Hilfsorganisationen einen vollwertigen Job finden könnten, einen Hauptjob finden könnten und ich glaube auch, dass diese Gruppe mit Sicherheit in ihrer Tätigkeit hoch motiviert wäre. Dankeschön.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Es sind die wesentlichen Aspekte alle angesprochen worden. Ich möchte auch der Aktualität halber noch einen internationalen Friedensaspekt noch deutlicher mit einer Zahl auch herausstreichen. Derzeit werden vom Kommando in der Belgierkaserne die gesamten österreichischen Truppen im Inland und Ausland betreut, werden rund um die Uhr rund 1.700 österreichische Soldatinnen und Soldaten im internationalen Friedenseinsatz, namentlich in Bosnien, im Kosovo und auf den Golanhöhen betreut

und ich glaube, es ist richtig Stefan, wir sind in der glücklichen Lage plus/minus seit 1945 also keinen flächendeckenden Krieg in Europa gehabt zu haben, aber wenn wir das so stehen lassen, dann ist das zynisch, denn allein im Balkankonflikt im Jahr 1989 bis 1999 mussten 300.000 Menschen ihr Leben lassen. Das heißt, auch in Europa gibt es militärische Einsatzfälle wo auch österreichische Soldaten, ich wiederhole, in Bosnien und im Kosovo dienten. Und zwei Drittel dieser Soldatinnen und Soldaten sind Milizsoldaten und wir haben große Zweifel, dass wir die erforderlichen Kräfte auch für diese Stärke nur durch rein freiwillige Kräfte aufbringen. Das wollte ich dazu sagen und auch der Besuch, der Herr Bürgermeister hat bereits vom Menschenrechtsteil und vom künstlerischen Teil des Besuches in New York berichtet, während des Besuches hat, bei dem natürlich der Herr Außenminister Spindelegger auch dabei war, hat es auch eine lange Besprechung, eine dreiviertel Stunde des Herrn Außenministers außergewöhnlich lange mit der US-amerikanischen Außenministerin gegeben und sie hat ausdrücklich sich bedankt für den Friedensbeitrag Österreichs und auch weitere Einsätze gefordert im Interesse des Friedens und der Humanität weltweit. Ich wollte das hier ergänzen, der Aktualität halber und weil das der Aspekt ist, der über den Inlandseinsatz hinausgeht, auch dieser Einsatz erfordert daher derzeit, und wahrscheinlich noch sehr lange, die allgemeine Wehrpflicht (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde mich zu diesem Thema auch gerne zu Wort melden, weil ich auch erst wieder vor wenigen Tagen anlässlich unseres Nationalfeiertages gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann von Steiermark, Mag. Franz Voves, die Möglichkeit gehabt habe, bei der Angelobung vor Schloss Eggenberg Stellung zu beziehen, wenn es um das Österreichische Bundesheer geht. Und ich habe eine ganz klare Meinung und deswegen freut es mich auch, dass meine Fraktion auch den dringlichen Antrag vom Herrn Gemeinderat Mag. Korschelt unterstützen wird und auch den Antrag, weil ich

absolut gegen eine Veränderung beim Österreichischen Bundesheer im Sinne einer Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht bin und ich sage Ihnen auch, und im Speziellen dem Herrn Gemeinderat Schneider, warum ich, der ich persönlich auch acht Monate beim Bundesheer war, Ihnen sagen möchte, dass Worte wie überflüssig, sinnlos und sonstiges für mich dort nie zu verspüren waren. Wir haben in Österreich, Gott sei Dank, die Möglichkeit, dass junge Menschen auswählen können zwischen dem Dienst beim Österreichischen Bundesheer oder einem alternativen Dienst, der meistens im Bereich des Sozialen angesiedelt ist. Damit, glaube ich, hat Österreich einen sehr, sehr guten Weg beschritten. Wenn Sie sich anschauen, wenn Sie davon reden, dass es ja quasi kein Bedrohungsszenario mehr gibt, ich rede jetzt gar nicht von den Bundesheereinsätzen, wenn es um Katastrophenfälle etc, geht, da brauchen wir jeden Einzelnen und da sind wir eigentlich meistens schon zu schlecht aufgestellt und haben schon zu wenig. Wenn es darum geht, einmal zu beobachten, wo dem künftig die Konflikte entstehen werden, meine Damen und Herren, im Moment gibt es wenige Staaten die gegen einen anderen Staat ausrücken, es geht mittlerweile, und das hat auch mit Integrationsfragen, Glaubensfragen und sonstigen zu tun und einem aufkeimenden Egoismus, wo das ich immer vor das wir gestellt wird, dass wir innerstaatliche Konflikte in Zukunft haben werden. Auch die Polizeikräfte sind bei uns weder so aufgestellt noch so mannschaftsstark, noch so ausgebildet, dass Sie, wenn es so losgeht, wie es in Frankreich oder in Holland oder sonst wo der Fall war, allein auf sich gestellt, dass unter Umständen einmal beherrschen können, das ist meine persönliche Meinung, ich habe mir Ihre angehört...

Zwischenruf GR. Schneider: Aber da kann man keine Grundwehrdiener hinschicken.

Bgm. Mag. **Nagl**: Oja, sie werden es müssen und ich sage Ihnen jetzt, und das ist ein ganz wichtiger Punkt, weil das immer so als die sinnlose Zeit von Ihnen dargestellt wurde...

Zwischenruf GR. Schneider: Das habe ich nie gesagt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Sinnlose Einsätze, ich kenne keinen sinnlosen Einsatz unseres Österreichischen Bundesheeres. Aber ich sage Ihnen jetzt, was ich persönlich beim Österreichischen Bundesheer gelernt habe und was mir wichtig ist und ich mir auch denke, dass es manchen Jugendlichen sonst gar nie widerfährt. Ich habe als junger Mensch dort einmal gelernt den Mund zu halten und einmal auch im Sinne von Gemeinschaft mitzutun. Nicht meine Meinung war dort gefragt, sondern ich habe auch einmal das gelernt, sich einzugliedern in eine größere Gemeinschaft. Ich habe dort Kameradschaft erfahren, ich habe dort gelernt Ordnung zu halten auf meine Dinge aufzupassen und, und, und. Ich könnte Ihnen sehr, sehr viele Dinge sagen und wenn ich mir im Moment oft, auch aus meinem Beruf als Bürgermeister heraus anschau, was Jugendliche für eine Einstellung haben, dann schadet es aus meiner Sicht überhaupt niemandem, einmal auch diese Eigenschaften, auch dieses sich Einbringen in das Wir einmal zu leben und es ist schlimm, wenn dort Unfälle passieren, aber es gibt überhaupt keine Einrichtung, wo nie etwas passiert. und es gibt auch kaum so ein strenges Reglement, wenn was passiert, hat das dort auch noch absolute Konsequenzen und das kann jeder nachvollziehen. Das heißt, ich bekenne mich sehr, sehr deutlich zu diesem Heer, wie wir es jetzt haben, zu diesem allgemeinen Wehrdienst, ich freue mich drüber, dass man wählen kann, also man muss ja nicht, aber es gibt auch sehr, sehr viele, die stolz sind und diesen Beitrag auch wirklich für die Gesellschaft leisten wollen und das wollte ich Ihnen nur auch noch

sagen, weil ein paar so Worte gefallen sind, aber es soll nicht allein gegen Sie das sein. Ich wollte einfach nur einmal ganz klar kundtun, warum es mir wichtig ist, dass wir bei diesem System bleiben. Menschen haben die Möglichkeit auch einen Alternativdienst zu wählen, wir sollten uns nur allgemein und gemeinsam anstrengen, wie wir diesen Personen, die dorthin kommen eine ordentliche Ausbildung zuteil werden zu lassen, dass die Mannschaftsstärken stimmen, dass die Ausrüstung stimmt und vieles mehr. Man kann die ganze Zeit alles wegsparen und nieder sparen, wir gehen aber, glaube ich, in Graz einen sehr vernünftigen Weg und es müssen wieder mehr Persönlichkeiten aufstehen und ganz klar auch für die Arbeit beim Österreichischen Bundesheer eintreten. Viele Offiziere, Unteroffiziere und Soldatinnen und Soldaten fühlen sich nicht mehr besonders stark vertreten und da bin ich schon bei Ihnen, diese Geschichte so halb soll man sie nicht machen, ich glaube, dass wir auch, was die militärische Landesverteidigung und den Katastrophenschutz anbelangt, ganz klar unsere Schlüsse daraus ziehen was wir brauchen und das dann diesen Personen auch zukommen lassen. Zu Tode sparen hilft gar nichts, da wird dann irgendwann einmal die Frage berechtigt aufkommen, was soll das noch, also ich glaube, zu einem klaren Bekenntnis zum Österreichischen Bundesheer und auch zu dieser Wehrpflicht. Ich wollte da meine persönliche Meinung sagen, auch der Herr Landeshauptmann hat ganz, ganz deutliche Worte bei der letzten Angelobung gefunden und dafür war ich ihm auch sehr dankbar (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schneider:** Ich war in den neun Monaten, die ich beim Bundesheer war, auch in der glücklichen Lage Kameradschaft zu erfahren, das ist richtig, dass das stattfindet. Es war auch nicht jede Stunde, die ich dort verbracht habe, jetzt an und für sich als sinnlos zu empfinden, aber man muss sich die Frage stellen, ob man wirklich Monate von jungen Leuten in Anspruch nehmen muss, wenn der Grund dafür weggefallen ist. Und vieles, was jetzt aufgezählt worden ist, viele Bedrohungsszenarien, die natürlich

noch bestehen, viele Katastropheneinsätze und ähnliches, Sie haben auch ein interessantes Thema angesprochen staatsinterne Sicherheit, diese Fragen müssen alle gelöst werden, nur die Antwort ist keine Wehrpflicht auf diese Fragen. Weil Sie auch angesprochen haben Disziplin lernen, sich unterordnen lernen, auch mal den Mund halten zu lernen, ich möchte ja, da sind jetzt vielleicht manche in meinem Spektrum gar nicht der Meinung, ich möchte gar nicht sagen, dass das nicht gelernt werden sollte, man müsste allerdings dann auch darauf schauen, dass man den Leuten lernt, den Mund aufzumachen auch gegen Widerstand, wenn es einmal nötig ist. Ich weiß nicht, in welcher Institution das gelehrt wird momentan. Jedenfalls hatte ich das Glück, dass nicht das Bundesheer dafür nötig ist, dass ich einmal still sein, einmal zuhören, einmal tun, was mir gesagt wird und mich auch unterzuordnen zu lernen, sondern das ist bei mir auch in der Schule relativ gut passiert. Insofern, sage ich, ist auch das kein Grund, dass wir die Wehrpflicht weiterhin aufrecht erhalten. Wichtig finde ich, dass diese Debatte jetzt und vielleicht sind wir in der glücklichen Lage, dass das Volk darüber abstimmt in Zukunft und dass eine wirklich gute Debatte darüber auch geführt wird. Dass ist das, was letztlich, glaube ich, nötig ist und was wir uns alle hier wünschen sollten und ich hoffe, dass eben auch alle Fraktionen dann bereit sind, wenn es da schon unterschiedliche Meinungen gibt, eine gute öffentliche Debatte mit anschließender Volksabstimmung zu führen. Danke sehr (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben aber jetzt keine Debatte über die Abschaffung der Schulpflicht.

GR. Mag. **Korschelt**: Herr Bürgermeister, ich darf dir sehr herzlich für deine Worte danken, du hast mir in sehr vielem aus der Seele gesprochen. Zum Kollegen

Schneider, Sie tun immer so der Zwang, als wie wenn Sie hier und beim Heer um das Heer einer Mutter Courage oder um das Heer im 30jährigen Krieg handelt, das ist ja sehr wohl sehr genau geregelt, was beim Bundesheer erlaubt ist und was nicht erlaubt ist. Und ich glaube auch, und das werden mir ja sehr viele bestätigen können, dass für mich ist diese, ob es jetzt sechs Monate, acht Monate oder neun Monate, je nachdem, wann man halt das Glück gehabt hat zum Militär zu kommen, glaube ich, ist es sehr wohl doch eine Zeit gewesen, wo jeder junge Mann oder junge Österreicher, gibt es auch Damen, die Möglichkeit hat, eine klassenlose Gesellschaft zu verspüren und ich glaube, dass ist das Interessante und deswegen auch schlägt mein Herz ja immer noch für die Miliz, ich glaube, das Interessant, das beim Militär und aufgrund eben dieser Wehrpflicht dann, das hier der Universitätsassistent liegt neben dem Fahrer der Müllabfuhr, es liegt der Krankenpfleger neben dem Arzt, also gibt es hier doch eine sehr klassenlose Gesellschaft und, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat, es ist, glaube ich auch, sehr wichtig, dass man auch hier einmal Kameradschaft lernt. Ich weiß, das sind natürlich Worte, die Ihnen nicht sehr schmecken, das ist mir ganz klar, aber deswegen werde ich sie mir trotzdem nicht verbieten lassen, weil es für alle, die ein bisschen in dem Bereich, mit dem Bereich Sicherheit, Disziplin usw. zu tun haben, müssen natürlich schon leider feststellen, dass natürlich das ganze Umfeld natürlich schon sehr ins Wanken geraten ist und dass heute, da kommen wir natürlich in eine weitere Diskussion, wenn Sie heute einen Polizisten fragen, wie war es vor 15 Jahren und wie war es heute, wie schaut die Jugend auf die Polizei nur allein das Wort, vor zehn oder zwölf Jahren hat das Wort Bullen niemand gekannt, heute spricht überhaupt kein Jugendlicher mehr von der Polizei sondern spricht jeder nur von Bullen und das sind genau diese Tendenzen, die Sie natürlich oder die Ihre Fraktion gerne hat, wir wollen das nicht und für uns ist es eben wichtig, dass diese Wehrpflicht aufrecht erhalten wird, weil sie eben garantiert, dass eben junge Leute doch ein bisschen in Richtung Staat gelenkt werden und auch für die Gemeinschaft, und das sage ich auch ganz offen, ich glaube, und der Kollege Schröck, ich glaube das ist ein bisschen eine Sozialromantik, die du da bringst, das mit den freiwilligen Sozialjahr usw., das funktioniert sicher nicht,...

Zwischenruf GR. Schröck unverständlich.

GR. Mag. **Korschelt**: Nein, das habe ich nicht verwechselt, ...sollte man abschaffen und für das Geld, das man dafür kriegt, wird man dann freiwillige Rettungsfahrer finden, das hat es noch in keinem Staat gegeben. Also, ich glaube, da sollten wir aufpassen und ich bin froh, wie sich jetzt abzeichnet, dass sich doch eine sehr breite Mehrheit abzeichnet. Dafür darf ich mich sehr herzlich bedanken (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.**8) Aufhebung der Wintersperre für Gastgärten**

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Nach einem Monat stehen wir Freiheitlichen wieder draußen mit dem Antrag um Aufhebung der Wintersperre. Viele Argumente sind letztes Mal schon gefallen und gute Argumente, wie ich meine und ich glaube, allzu viel neuer Argumente bedarf es nicht hier einzubringen. Aber was seit einem Monat passiert ist, das ist schon der Erwähnung wert. Eine unglaubliche Empörung in der Grazer Bevölkerung über diese Maßnahme und ich glaube, dass es an der Zeit ist, dass wir Ihnen, insbesondere der ÖVP, die Möglichkeit auch geben, hier Ihre Fehlentscheidung, Ihre wirkliche Reglementierung, wo sie nicht angesagt ist, wieder hier zu revidieren. Wir sind mit diesem Verbot über die Grenzen der Stadt hinaus unrühmlich bekannt geworden und hier ist es ja nicht nur passiert, dass hier wirtschaftsfeindlich agiert worden ist, sondern dass hier in

einer Reglementierungswut gehandelt worden ist, die dieser Stadt in keiner Weise gut tut. Aber Sie haben damit auch der Stadt Graz, ja ich möchte fast sagen, ein Stück Lebensqualität genommen. Und dann hat sie noch das Pech mehr oder weniger ereilt, dass Anfang November 20 Grad waren da, der Weihnachtsbaum ist aufgeputzt worden, die Menschen sind mit kurzärmeligen Leibern durch die Stadt spaziert und die Gastgärten waren bereits geschlossen. Sie haben hier den Wirten wirklich auch die Gelegenheit genommen, noch einmal ein gutes Geschäft zu machen. Wie dringend sie das notwendig haben, das sieht man eh, erst vor wenigen Tagen ist ein namhafter Innenstadtwirt wieder pleite gegangen, zwar nicht wegen den Gastgärten aber es zeigt, wie schwierig die Situation hier auch in Graz diesbezüglich ist und Sie legen diesen Gewerbetreibenden, die Sie ja eigentlich unterstützen sollen, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, auch noch Steine in den Weg. Und Sie können auch hier in Richtung Bürgermeisterpartei gesagt, einmal beweisen, wie ernst Sie es nehmen mit der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung, Sie wollen ja in Bälde auch Volksabstimmungen abführen und Sie können hier zeigen, wie glaubwürdig Sie sind, auch dann sind, wenn eine mehrheitliche Meinung der Bevölkerung ausgesagt wird, ob Sie das auch politisch ernst nehmen. Wie gesagt, Sie kriegen heute von uns die Möglichkeit noch einmal diesen Fehler zu revidieren und deswegen stelle ich auch den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Stadtsenat wird ersucht, seinen Beschluss vom 08.10.2010 - betreffend die Wintersperre für Gastgärten – auszusetzen.

Die zuständigen Ämter des Magistrates Graz werden zur Unterstützung der Entscheidungsfindung für die kommenden Jahre ersucht, Stellungnahmen der betroffenen Anrainer und Gastwirte einzuholen, um darauf basierend hier einen tragfähigen Kompromiss zu erarbeiten. Danke (*Applaus FPÖ*).

9) Aussetzung der Wintersperre für Grazer Gastgärten

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie schon erwähnt, haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung schon quasi im Doppelpack, wie auch heute, das Verbot der Wintergastgärten schon einmal thematisiert, weil das eben nicht nur vielen Grazerinnen und Grazern, als äußerst unsinnig und schikanös erscheint, sondern auch immensen Schaden für die Wirtschaftstreibenden der Stadt, aber auch für die Stadt Graz selbst verursacht.

Seit dem unsäglichen Verbot sind mittlerweile achtzehn Tage vergangen, wenn wir uns diese Tage anschauen in ihrer ganzen spätherbstlichen Pracht, dann kann man sagen, dass den Grazerinnen und Grazern und den Bewohnern und Besuchern dieser Stadt massiv Lebensqualität genommen wurde. Tatsächlich hat der milde November, die Vizebürgermeisterin wird sicher Gelegenheit finden, dann später darauf zu antworten, tatsächlich hat der milde November die Absurdität der Gastgartenwintersperre noch deutlicher zur Schau gestellt, als dies von ihren Befürwortern zunächst angenommen wurde und anzunehmen war.

Geradezu paradox wirken in diesem Zusammenhang der viel zu früh aufgestellte Weihnachtsbaum, der ebenso absurd vorzeitig aufgebaute Weihnachtsmarkt, sowie der überall herabhängende Weihnachtsschmuck, während sich bei zahlreichen Touristen und Stadtbesuchern angesichts der nicht mehr vorhandenen Gastgärten nur mehr ratloses Kopfschütteln ob dieser einsamen Entscheidung breit macht.

Während selbst in der kleinsten Grazer Umlandgemeinde Gastgärten in der Winterzeit erwünscht sind, offenbart die Stadt Graz hier eine Flexibilität, die ernsthaft an der wirtschafts- und sozialpolitischen Kompetenz der handelnden Personen zweifeln lässt. Während Bürgerinnen und Bürger, Medien und Opposition gemeinsam gegen dieses fadenscheinige Verbot Sturm laufen, reagiert das verantwortliche Rathaus-Duo in dieser Frage geradezu trotzig und versperrt sich entgegen besseren Wissens jeder weiteren Argumentation.

Dieses sture Festhalten an dieser offensichtlichen Fehlentscheidung wird in regelmäßiger Wiederkehr mit einer Umweltargumentation zu rechtfertigen versucht. Wobei bislang nicht argumentativ darauf eingegangen wurde, dass auch die Weihnachtsmärkte und Punschstände negative Auswirkung auf die Lärm- und Energiebilanz unserer Stadt haben werden und haben kann.

Ich möchte hier aber nicht den Eindruck erwecken, gegen diese Stände auftreten zu wollen. Es ist uns vielmehr darum gelegen, hier diese politische Willkür, die hier gezeigt wird, unerbittlich gezeigt wird, der Wintersperre transparent zu machen. Wir sind natürlich für nachhaltige und umweltpolitische Überlegungen die auch dringend notwendig sind in dieser Stadt. Aber außer Zweifel steht, dass im Fall der Wintersperre diese energiepolitischen Überlegungen in keinem Verhältnis zum Verlust an Lebensqualität und Attraktivität der Stadt stehen.

Deswegen stellen wir heute noch einmal den

dringlichen Antrag:

- Der Stadtsenat wird aufgefordert, die Entscheidung betreffend die Wintersperre für Gastgärten aufgrund der Kurzfristigkeit und unverhältnismäßigen Härte der Entscheidung für die Wintermonate 2010/2011 außer Kraft zu setzen.
- Die Vizebürgermeisterin und zuständige Stadtsenatsreferentin Lisa Rücker wird aufgefordert in Zusammenarbeit mit den betroffenen Betreibern, Anrainervertretern und den zuständigen Stellen des Magistrats eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten und diese dem Stadtsenat zur neuerlichen Beschlussfassung vorzulegen.

Dankeschön.

GRin. **Krampl** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Neuauflage der letzten Sitzung nach dem Motto „und täglich grüßt das Murmeltier“ in dem Zusammenhang hoffe ich wirklich, dass das Murmeltier heute das letzte Mal hier grüßen muss und dass es wirklich zu einem Umdenken kommt. Wir als SPÖ sind für die Dringlichkeit dieser Anträge, wir sind dagegen, dass Gehsteige in Graz im Winter hochgeklappt werden, dass die Rollläden heruntergelassen werden, wir wollen eine lebendige Stadt haben und wir wollen haben, dass die zuständige Stadträtin mit allen, mit Gastwirten und AnrainerInnen Kontakt aufnimmt, sich an einen Tisch setzt und auch vielleicht die Dinge unterschiedlich bewertet, nicht über einen Kamm schert, Gastgarten ist nicht gleich Gastgarten und man muss es einfach differenziert betrachten. Und weil Gemeinderat Schröck gesagt hat, Weihnachtsmarkt, ich habe wirklich Angst und nicht ich allein, wirkliche Sorge, dass ich mich frage, wann kommt die nächste Initiative, dass quasi die Weihnachtsbeleuchtung in Graz abgeschafft wird, dass die Adventmärkte abgeschafft werden, weil auch hier wird Energie verbraucht und auch hier sind Heizschwammerl im Einsatz. Vielleicht sind das besonders privilegierte Heizschwammerl, die keine Energie verbrauchen und wenn das so wäre, würde ich einfach ersuchen, dass man solche Heizschwammerl auch den anderen Gastwirten zur Verfügung stellt. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf mich auch persönlich zur Dringlichkeit melden und freue mich richtig, dass wir dieses Thema auch da herinnen einmal diskutieren und möchte auf das, was hier von den beiden Antragstellern gesagt worden ist, gerne eingehen aber durchaus auch auf das, was die Frau Kollegin Krampl jetzt für ihre Fraktion gesagt hat, dass sie in Sorge sei, dass nicht die Weihnachtsbeleuchtung abmontiert werden würde. Im nächsten Jahr werden es 30 Jahre sein, dass ich mich für den Innenstadtbereich persönlich einsetze. Mit 18 Jahren hat mein Vater als Unternehmer zu mir gesagt, gehe zu der Kaufmannsinitiative, macht euch stark dafür, dass diese Einkaufszentren nicht so obsiegen, dass ein Altstadtkern hochgeklappte

Gehsteige hat und nicht funktioniert. In diesen vielen Jahren, in denen ich da mitarbeite und auch in den 13 Jahren meiner politischen Tätigkeit in der Stadtregierung haben wir so viel für diese Altstadt herinnen getan, dass mir diese Diskussion, die in erster Linie auch von der Kronen Zeitung und dann jetzt hochgepeitscht wurde, gelinde gesagt, nicht am Nerv geht, aber ich einfach manches nicht mehr verstehen kann. Ich möchte ein paar Fakten auf den Tisch legen, das die Frau Vizebürgermeisterin diese Entscheidung in den Stadtsenat gebracht hat. Im Stadtsenat haben wir mit Ausnahme des Kollegen Eustacchio dafür gestimmt, 8 : 1, dass es bei uns keinen Wintergarten mehr geben soll. Es gibt dann selbstverständlich den Ausspruch des Kollegen Herper, der dann gemeint hat, er hat da vieles nicht gewusst und deswegen hat er jetzt eine andere Meinung und die kann man ändern, selbstverständlich kann man das. Ich möchte Ihnen aber die Beweggründe sagen, wieso ich bis zum heutigen Tag zu dieser Entscheidung stehe und das auch jedem persönlich sage, auch jedem Unternehmer. Erstens einmal, und das ist nicht unwesentlich, in den anderen Städten ist es so dramatisch, weil die dürfen das alle, nur in Graz nicht. In Innsbruck gibt es das genau vom 15. 2. bis zum 15. 11. einen Gastgarten und dann nichts, in Klagenfurt gibt es vom 1.3. bis zum 31.10. und dann nichts, in Steyr gibt es einen Bescheid vom 1.3. bis zum 31.10., in Wels gibt es vom 1.3. bis zum 31.10., in St. Pölten gibt es das nur über Betriebsanlagengenehmigungen und die StVO, in Villach gibt es vom 1. März bis zum 31. 10., in Salzburg gibt es vom 1. März bis zum 31. 10., also wir tun jetzt so, als wäre in Graz plötzlich der Gehsteig hochgeklappt. Es gibt einen Umstand, der heuer nicht ganz glücklich war, so einen warmen November haben wir noch nie gehabt. Die Salzburger Lösung ist aber auch nicht ganz uninteressant, weil es wird ja wohl niemand behaupten wollen, das Salzburg mit dem Winterzauber den sie machen, international vielleicht die Gehsteige hochklappt. Podien dürfen während der gesamten Wintersaison keinesfalls aufgestellt werden. Ich finde es ja jetzt nahezu großartig, dass dann der nächste dringliche Antrag der kommt, wieder damit zu tun hat, ob wir dem wohl genügend Polizeieinsatz im Universitätsviertel haben werden, dass die armen Bewohnerinnen und Bewohner dort zur Ruhe kommen. Es gilt einmal

drüber nachzudenken, ob im gesamten Stadtgebiet eine einheitliche Regelung hergehört, weil eines ist klar, das Thema der Raucherinnen und Raucher, die jetzt auf der Straße sind, ist eines, mit dem wir uns zu beschäftigen haben und da gibt es die Möglichkeit, wie es auch andere Städte schon tun, langsam aber sicher über das Heizschwammerl und den Schirm und dem Sessel zu Einhausungen zu kommen, die das Stadtbild nicht wunderbar verbessern. Zweitens muss man einmal an jene Bevölkerung denken, die ganz gerne einen Parkplatz hat und das ganze Jahr lang schon malträtiert, wieso die Gastgärten so lange da sind, gerade im Universitätsviertel gibt es Menschen, die wieder froh sind, dass es wenigstens über die Wintermonate ein Abstellen der Fahrzeuge gibt, weil auch da höre ich immer, dass es zu wenige sind und, und, und., also es gibt viele. Dann gibt es die Möglichkeit, Ausnahmen zu schaffen. Im nächsten Jahr werden wir darüber nachdenken wie wir und das habe ich auch der Innung, der Vertretung der Gastronomiebetriebe gesagt, darüber nachdenken. Das Aufbauen von Weihnachtsbäumen, dass das alles so zu früh sei, vor einer Woche ist in Wien der Weihnachtsmarkt schon eröffnet worden, dass das bei uns aufgebaut wird, wie jedes Jahr, ist ja die nächste abstruse Diskussion, die wir da hier haben. Es wurden heuer vermehrt Gelder wieder hier herein investiert und zwar so viele, dass sich manche Geschäftsleute in Nebenbereichen wundern und sagen, wieso wird bei uns nicht genauso viel investiert, wie da in den Stadtkern herein. Um eine gemeinsame Lösung zu haben, haben wir das vorgeschlagen. Wir werden im nächsten Jahr auch gemeinsam mit der Innung einen Vorschlag machen, wie man da vielleicht vom Zeitraum noch etwas verändert, aber das wurde versprochen, deswegen ist sowohl der Antrag als auch vor allem die Dringlichkeit für meine Partei jetzt nicht gegeben. Wir stehen dazu, fallen da nicht um wie ein Fähnchen im Wind, nur weil eine Zeitung das einmal zu einer großen Abstimmung erheben will. Aber bitte, eines möchte ich Ihnen schon dazusagen, falls das, was die Kronen Zeitung hier macht, ein Abstimmungsmodell sein soll, wie die BürgerInnenbefragung, die ich vorgeschlagen habe, dann würde ich selbst dagegen auftreten, weil es ist nur in eine Richtung berichtet worden, das soll es nicht geben, es soll pro und kontra geben, es soll im Übrigen auch überprüfbar sein, welches

Ergebnis da hereinkommt, weil das Ausschneiden von Zeitungsabschnitten und abgeben oder einsenden oder selber ankreuzen ist nicht genau das, was ich mir künftig von einem BürgerInnenbefragungsmodell auch erwartet habe, also auch diesen Vergleich kann ich eigentlich nur zurückweisen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Faktum ist, in Graz werden keine Gehsteige hochgeklappt, in Graz wird es einen Winter- und ein Weihnachtsbereich geben, wie selten zuvor, weil es ist wieder kräftig investiert worden, das ist mir das wichtigste. Und in wenigen Tagen werden wir wieder dieselben Meldungen in den Zeitungen haben, wie jedes Jahr, dass das ganze eine Saufmeile ist, dass das gastronomische Angebot auf der Straße viel zu groß ist, dass der öffentliche Raum nicht nur vermietet werden soll für den privaten Bereich und ich werde selbstverständlich auch allen Gastwirten diese vielen Argumente sagen, dass es auch, und das möchte ich jetzt da einmal noch deutlich anmerken, schon ein eigenartiges Verhalten ist, dass gerade Politikerinnen und Politiker das ganze Jahr über betonen, wie wichtig unsere Ökologie ist, dass wir auf unsere Erde achten sollen. Es ist auch eine Diskussion darüber zu führen, ob es Sinn macht im Freien tatsächlich Heizschwammerl und Elektrostrahler und ich weiß nicht was alles einzusetzen. Es geht da auch ein bisschen um die Vorbilder und ich frage mich, warum Generationen vor uns das Weihnachtsfest und auch ihr Weihnachtsgeschäft machen konnten, ohne diese Debatte zu führen. Manches Mal muss man zu etwas stehen, ich stehe dazu, im nächsten Jahr werden wir uns das anschauen, vielleicht wird es um ein paar Tage gehen, aber ich wollte heute und da bin ich der Frau Vizebürgermeisterin auch dankbar, dass sie mir diese Daten gegeben hat, einfach einmal aufzeigen, dass dieser Wintergarten in Österreich kaum existiert, dass es zwei Wochen schöner war, als wir gedacht haben, werden wir zu überdenken haben, aber es ist jetzt nicht mehr dringlich, alle Vorbereitungen sind getroffen, morgen geht es eigentlich schon so, übermorgen werden wir unseren Weihnachtsbaum auch wieder beleuchten und ich sage es jetzt noch einmal, gerade für die Gastronomie in dieser Stadt wird soviel getan und ich werde die Diskussion mit allen Gastwirten auch noch einmal persönlich führen, damit sie auch diese Berichterstattung kriegen, die

nicht so einseitig über die Bühne geht, wie die letzten Wochen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich werde jetzt zu dem, was der Bürgermeister gesagt hat nicht mehr viel hinzusetzen. Ich möchte noch einmal kurz auf die Tatsachen zurückgehen, weil der Herr Gemeinderat Schröck und auch der Kollege Sippel in ihrer Antragstellung so getan haben, als hätte es in Graz jahrelang Wintergärten gegeben und als wäre die Stadt voll gestanden mit Wintergastgärten und das hätte die Qualität der Stadt so erhöht. Wir reden im Faktum, im Jahr 2008 waren drei Wintergastgärten und letztes Jahr waren es ungefähr neun im ganzen Stadtgebiet und das ist ja auch der Grund, warum wir jetzt gesagt haben, wenn das in ein Wachstum geht, dass es irgendwann auch zu Ungerechtigkeit kommt, weil wenn du sagst, liebe Dagmar, man soll Unterschiede machen, genau das ist das Thema, wenn man dem einen was erlaubten, kommt der nächste und will das auch und wir haben eine unendliche Diskussion, die den ganzen Winter durchgeht. Das heißt, aus unserer Sicht ist alles gesagt zu dem Thema, es ist auch die Diskussion eine aufrechte mit den Gastwirten, es ist ja nicht so, dass wir nicht mit denen reden und das was da hochgespielt wird, betrifft ein paar wenige, die sich jetzt darüber aufregen, dass sie die letzten zwei Jahre die Möglichkeit hatten, aber davor, meine lieben Herren Gemeinderäte, hat es das gar nicht gegeben und ich glauben nicht, dass Graz, wie ich schon letztes Mal gesagt habe, erst seit zwei Jahren, seit es ein paar Wintergastgärten gegeben hat, das Flair hat, das es eigentlich schon jahrelang berühmt macht. Und wenn man sich jetzt bitte sehr, auch an einem sonnigen Tag den Franziskanerplatz zum Beispiel angeschaut hat, in der aktuellen Situation, wo diese 80-cm-Regelung, die ja immer gilt, aufrecht ist, da kann ich nur sagen, der Platz hat den Platz wieder bekommen der ihm auch gebührt. Der Platz hat Qualität und trotzdem kann wer will dort in der Sonne sitzen, was trinken, was rauchen, was immer und ein voller Gastgarten ist immer ein voller Gastgarten im Sommer, wenn es heiß ist, ist dort auch

kein Platz zum Finden, das heißt, wir werden nie für alle die gerade im Freien in der Sonne sitzen werden, wird auch am Schloßberg nicht passieren, dass man da plötzlich so viele Bankerl hinaufräumen, weil alle sich hinsetzen wollen. Also irgendwo ist einfach eine Begrenzung da, die natürlich ist. Aber es ist doch auch schön, wenn die Stadt wieder den Platz hat und die Menschen, die nicht alle im Gastgarten sitzen wollen, den Platz auch haben und es gibt Kinderwagenschieberinnen und Leute, die durch die Herrengasse gehen oder auch Männer, die den Kinderwagen schieben, die froh sind, dass sie nicht diesen Spießrutenlauf die ganze Zeit haben, weil sie in einer voll gestellten Straße unterwegs sind und deswegen wird es zwar im Advent nicht viel leiser, aber muss es deswegen doppelt so laut sein ist die Frage und im Jänner und Februar haben die Leute ein bisschen mehr Ruhe und das ist doch bitte allen zu gönnen, die in der Stadt leben und auch weiterhin leben sollen (*Applaus ÖVP, Grüne und KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wetter jetzt im Spätherbst war sicher ein sehr warmes, insofern war diese Initiative sicherlich gerechtfertigt, war die Entscheidung, die seinerzeit im Stadtsenat getroffen wurde, aus meiner Sicht, aber auch aus Sicht vieler nicht die richtige. Dennoch sage ich, muss man diese und solche Entscheidungen, die die Stadt Graz betreffen und da bin ich im Nahbereich mit den Ausführungen, die der Herr Bürgermeister getroffen hat. Man muss die Verhältnismäßigkeit der Entscheidung und zu einem natürlichen Umgang mit der Thematik zurückfinden. Die Überlegung, die jetzt in den Wortmeldungen der Antragsteller rausgekommen ist, dass es so wunderschön und so atmosphärisch ist, an einem wirklich kalten Wintertag in der Stadt zu sitzen ist meines Erachtens nicht die richtige, sondern da zieht man sich normalerweise in dieser Jahreszeit in ein Haus zurück, das schön beheizt ist, vielleicht mit einem Kachelofen, wirklich eine natürliche Wärme ausstrahlt. Das ist nicht die Zeit, wo man im Freien in einem Lehnstuhl sitzt

und noch etwas, es ist bei allen Einbindungen, die angesprochen worden sind, das Zugehen auf die Gastronomiebetriebe, ja ist wichtig, aber auch ein ganz wesentlicher Punkt ist, wir dürfen die Bewohner, die Anrainer nicht vergessen, die in der Innenstadt immer noch wohnen, die beklagen immer wieder, dass es zu wenige Bürger gibt, die sich im ersten Bezirk ansiedeln, dass Wohnungen dort aufgelassen werden, dass nur noch Büros etc, errichtet werden und betrieben werden, das will ich sicherlich nicht und sehr viele Grazerinnen und Grazer. Wir wollen keine Weltstadt, Großstadt, die mit Plastikherz haben, sondern wir wollen wirklich eine Stadt, die Atmosphäre hat, aber Atmosphäre bedeutet auch einen Wandel über die Jahreszeiten und nicht jeden Tag das gleiche, das wollen wir nicht. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Also ich verstehe diese Politik der Sturheit in Wirklichkeit überhaupt nicht und es macht jetzt auch nicht wirklich viel Sinn, da auf diese ganzen Argumente, die Sie eingebracht haben, einzugehen, weil man kann sie natürlich sehr leicht auch widerlegen, weil Sie auch die anderen Städte gebracht haben. Nur als Beispiel, damit auch die Kollegin Jahn zufrieden ist. In anderen Städten ist es so, dass es natürlich diese Regelung gibt, aber hier wird auch flexibler agiert, hier wird bei schönem Wetter durchaus die Möglichkeit gegeben, Gastgärten aufzusperren und hier entscheidet man auch menschlich, möchte ich sagen und mit Augenmaß. Und es geht nicht darum, ob letztes Jahr drei oder fünf oder sieben Gastgärten geöffnet waren, uns geht es hier um das Prinzip, es geht um die Wahlfreiheit sowohl der Gastwirte, dass sie sagen können, ja, das ist etwas, was ich möchte einen Gastgarten aufzusperren, um hier auch der Bevölkerung bieten zu können, hier Kaffee zu trinken oder Tee zu trinken im Winter und auf der anderen Seite geht es auch um die Wahlfreiheit der Bürger hier hineinzugehen oder draußen zu sitzen und das ist einfach eine grundsätzliche Frage, die sich hier stellt. Es ist mir klar, schönreden kann

man alles, aber was mir einfach nicht eingeht ist, dass Sie hier einfach die Stimmungen der Bevölkerung nicht ernst nehmen und das kann mir niemand, auch aufgrund der Reaktionen der letzten Tage und Wochen sagen, dass hier nicht eine absolute Mehrheit der Bevölkerung für die Gastgärten ist. Und da kann man natürlich jetzt auch gegen eine Zeitung schimpfen, dass sie hier nur einseitig berichtet, aber das ändert nichts daran, dass hier natürlich, und da empfehle ich Ihnen wirklich einmal nur auf die Straße zu gehen und mit den Wirten und mit den Menschen zu reden, dass hier eine absolute Mehrheit für diese Gastgärten ist in Graz. Abschließend bleibt mir einfach nur mehr zu sagen, vielleicht bringt es das auf den Punkt, während wir in China eine verbotene Stadt haben, machen Sie die Stadt Graz zur Stadt der Verbote und das ist abzulehnen (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GR. **Schröck:** Um in der Diktion zu bleiben, meine liebe Frau Vizebürgermeisterin, es wird Ihnen auch nicht gelingen mich und uns jetzt hier also nur als Anwalt der Wirte hinzustellen, weil wir natürlich im Interesse der Mehrheit der Grazerinnen und Grazer hier in dieser Thematik handeln. Weil Tatsache ist natürlich auch, dass dieses Verbot sich gerade durch die letzten wunderschönen Tage für alle Grazerinnen und Grazer und Besucherinnen und Besucher deutlich selbst ad absurdum geführt hat und jetzt trotzdem an diesem Verbot festzuhalten zeigt einfach eine, meiner Meinung nach verantwortungslose Trotzhaltung gegenüber den Bedürfnissen der Mehrheit der Grazer und der Stimmung, die auch aus diesem Grund in Graz herrscht. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, mittlerweile hat mein Schlüsselbund schon mehr Anhänger als die Politik, die Sie hier in Graz betreiben, die meilenweit an den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigeht. Und ganz ehrlich, auch die angebotenen Alternativen, die Sie den Wirten gemacht haben, waren ja geradezu inakzeptabel und lächerlich und Herr Bürgermeister und Frau Vizebürgermeisterin, hier wird gar nichts von einer Zeitung hochgepeitscht. Ich kann mir nur denken, dass Sie selbst wohl schon länger nicht mehr in der Innenstadt spaziert sind, was angesichts Ihrer Politik,

die Sie betreiben für die Innenstadt und für die Innenstadtbewohner ja auch nicht weiter verwunderlich, im Gegenteil auch verständlich ist. Und Herr Bürgermeister, ich denke, Sie müssen auch nicht jedem anderen negativen Beispiel anderer Städte Folge leisten, denn dann könnten Sie auch dem Beispiel dieser von Ihnen zitierten Städte folgen, wie zum Beispiel Linz, Salzburg, Klagenfurt und hier in Graz auch das Bettlerverbot durchsetzen. Ich finde es im Übrigen auch wirklich skandalös und verwerflich, dass Sie hier einer Zeitung indirekt dann, die eine Umfrage macht für Grazerinnen und Grazer, die hier eigentlich indirekt Wahlmanipulation vorwerfen und nur weil diese Zeitung im Moment einer Berichterstattung folgt, die Ihnen nicht genehm ist. Also ich danke.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Mir auch nicht genehm.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, vielleicht noch einmal, ich betone es nur, ich wünsche mir, falls wir das als politisches Zeichen künftig auch leben wollen, dass wir bei BürgerInnenbefragungen die pro und kontra anführen und dass wir dann auch ein System entwickeln, wo klar und deutlich nachvollziehbar ist, dass jeder eine Stimme hat, die er abgeben kann in unserer Stadt. Wenn wir ein solches Modell nehmen ist das was anderes, als das, was in diesem Bereich jetzt hier passiert ist. Dass viele Menschen sagen, ich hätte das auch ganz gerne, hat aber auch mit unserer Verantwortung generell zu tun und es ist halt sehr, sehr schwierig, wenn hier gleich am Hauptplatz jemand um einen Wintergarten ansucht, den wir aus verkehrstechnischen Gründen schon gar nicht mehr genehmigen können. Aber erklären Sie das dann in jedem Verfahren als Beamter wiederum jenen Gastronomen und die Lärm- und Ruhestörungen, da herinnen sind es eh viele gewohnt und die leiden eh gewaltig darunter, aber es gibt Bereiche, wie gerade das Unversitätsviertel,

da war das noch nicht Usus und soll Usus werden und da muss man rechtzeitig, vielleicht auch sagen in der Form nicht und wie gesagt, in wenigen Tagen wird die Stimmung eine ganz, ganz andere sein, deswegen ist es jetzt auch für uns nicht mehr dringlich und wir werden mit der gastronomischen Vertretung im nächsten Jahr ein Modell ausarbeiten, das nicht soviel Wirbel verursacht, wie das heurige.

GR. **Schröck**: Ich darf nur kurz darauf Bezug nehmen, dass du Herr Bürgermeister hier einfach Äpfel mit Birnen vermengst, indem du das Uni-Viertel und die Problematik dort mit der Innenstadtproblematik vergleichst.

Bgm. Mag. **Nagl**: Eine Gesamtsicht haben für die Stadt Graz und vor allem Regierungsverantwortung (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Sippel wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Schröck wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, die dringlichen Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Kosten für die Beibehaltung der Polizeikontrollen im Univiertel über den 30.10.2010 hinaus

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Genau dieses Thema, das eben ursprünglicherweise jetzt von dir hier völlig im falschen Zusammenhang verglichen wurde mit der Problematik in der Innenstadt. Herr Bürgermeister! Am 9. September 2010 wurde die „Aktion scharf“ gegen Unruhestifter im Univiertel gestartet. Anlass für diese verstärkten Polizeikontrollen war die massive Lärmbelästigung durch das Partyvolk, das an den Wochenenden in den Lokalen rund um die Elisabethstraße und die umliegenden Seitenstraßen feiert. Zehn Polizisten patrouillierten von Donnerstag bis Samstag jede Nacht von Mitternacht bis 7.00 Früh in diesem Bereich.

Seit diesen verstärkten Kontrollen durch die Exekutive war eine deutliche Verbesserung der Lärmbelästigung spürbar und auch Übergriffe aller anderen Art konnten so erfolgreich eingedämmt werden. Diese Aktion endete nun mit dem 30.10.2010, ohne dass bislang eine Lösung für die Zeit nach diesen Kontrollen unterbreitet wurde und die Fronten zwischen den Lokalbetreibern, Anrainern und zuständigen Politikern, wie so oft in dieser Stadt, weiterhin verhärtet sind.

Die Vermutung liegt also nahe, dass es sich bei dieser Aktion um einen Wahlkampfzug des Bürgermeisters gehandelt hat, um die Anrainer kurzzeitig zu befrieden. Nach der geschlagenen Landtagswahl sind die Bedürfnisse der Anrainer und die Sicherheit der Grazer Jugendlichen in diesem Gebiet plötzlich kein Thema mehr. Wie ernst die Problematik um das Univiertel seitens der Verantwortlichen auch genommen wird, zeigt auch die Tatsache, dass ein Antrag zu diesem Thema, den ich bereits vor mehreren Monaten eingebracht habe, bis zum heutigen Tag nicht beantwortet wurde.

Die Jugendlichen und Studenten, die an den Wochenenden feiern wollen, die Anrainer, die um ihr Recht auf ungestörten Schlaf und Sicherheit ihres Eigentums

kämpfen, aber auch die Wirte, die in diesem Bereich um ihre Existenz fürchten, dürfen nicht weiter von den Verantwortungsträgern dieser Stadt im Stich gelassen werden.

Ich meine, wer tatsächlich ins Auge fasst, 60 Millionen für eine Murgondelbahn hinzublättern oder sich nicht geniert, eine Überdachung aller Grazer Fahrradwege zu fordern, dem darf die Sicherheit unserer Jugendlichen und die Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer auch nicht zu teuer sein.

Deswegen stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Der Bürgermeister der Stadt Graz, Mag. Siegfried Nagl, wird ersucht, mit dem Stadtpolizeikommando Graz in Verbindung zu treten und zu erfragen, welche Kosten durch einen ganzjährigen Einsatz der Art, wie er von 9.09.2010 bis 30.10.2010 im Univiertel stattgefunden hat, entstehen würden.

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kollege Schröck! Man kann nur sagen, Grosz weg, Mariacher weg, die Anträge lassen sehr an Qualität zu wünschen übrig, weil wir werden natürlich der Dringlichkeit zustimmen, weil alles, was dort im Univiertel passiert oder was nicht passiert, ist natürlich sicher ein Grund für uns, uns da einzusetzen. Nur, von der Qualität her beziehungsweise von dem, was du haben willst, so etwas dünnes habe ich sehr selten gesehen, so einen dünnen Antrag, also da merkt man nur, dass es darum gegangen ist, wirklich das glaubst, du musst jetzt auch im Boot sein, jetzt willst du da dabei sein, dann erkundige dich einmal, ich bin nicht der Verteidiger des Herrn Bürgermeisters, aber ich glaube, wir haben inzwischen schon sehr viel gemacht und vieles versucht, dass dort die Situation zu beruhigen ist, das es eine extrem schwierige Situation ist, ist für

dich sehr schwer zu erkennen, weil du überhaupt, glaube ich, nur dein Wissen aus einer Zeitung beziehst und damit hat es sich dann. Weil, dass du einmal ein bisschen schaust, was es für gesetzliche Situationen gibt, ich bin ja nur ein Miniverantwortlicher hier in dieser Stadt, aber zu sagen, die Verantwortlichen kümmern sich nicht um das, das ist natürlich schon sehr weit hergeholt, also deswegen ist es mir vollkommen unverständlich, dass ist der untere Antrag, das kann man ja noch nehmen, aber den Motiventext oder wie du das auch immer nennst, der ist wohl komplett an den Haaren herbeizogen und da geht es wirklich nur darum, dass auch das BZÖ und deine Person auch jetzt glaubt, dort mitmischen zu können und deswegen hast du ihn auch gestellt. Der Antrag ist so dünn, aber natürlich bleibt uns nichts anderes übrig, weil das Problem ist ja evident und mit dem Problem schlagen wir uns ja schon seit Jahren herum, das Problem ist einfach dort. Die Schwierigkeit, du hast es eh gesagt, das unter einen Hut bringen von Bürgern, die gerne feiern und von Bürgern die dort wohnen, wir haben den Standpunkt und ich glaube der Bürgermeister teilt das auch, es hat zuerst dort die Bürger gegeben, die dort gewohnt haben und dann sind erst die Wirte hingekommen und das ist umgekehrt, also und so ist es da, zuerst die Bürger, die dort sind, sind schützenswert und dann erst die Gastwirte und nicht umgekehrt und deswegen werden wir natürlich der Dringlichkeit zustimmen. Zum Antrag werden wir auch zustimmen, aber selten, dass ich so einen Antrag mit soviel Bauchweh zugestimmt habe, weil so was von dünn, ich will nicht sagen, was sich da noch reimen würde, aber das ist der Antrag, aber wir werden trotzdem zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, lieber Georg! Der dringliche Antrag ist ja vielmehr eine dringliche Frage, hätte ich einmal so den Antrag interpretiert. Auf den Motivenbericht möchte ich jetzt nicht näher eingehen, nur so viel, du legst da so einen extremen Spagat hin, dass es eigentlich sein müsste, dass du deine Steirerhose zerreißt. Wir hatten heute ein ausführliches

Gespräch mit der Polizei und die Polizei hat auch gesagt, wenn du wieder Fragen hast, kannst du direkt zum Hörer greifen oder auch hingehen, sie werden dir sehr gerne die Fragen beantworten. Aber um das ganze abzukürzen und dir wirklich Fakten zu geben, darf ich zuerst sagen, die Aktion hat nicht Aktion scharf geheißen, sondern Aktion Schwerpunkt Univiertel, sie hat stattgefunden vom 9.9. bis zum 30.10. Freitag, Samstag, Sonntag. Die Polizei wird auch in Zukunft das Univiertel intensiv besuchen. Ich möchte jetzt an dieser Stelle wirklich ein großes Dankeschön an die Polizei richten und Danke, dass sie auch in Zukunft das Univiertel besuchen wird. Aber ganz kurz auch inhaltlich zum Output dieser Aktion. Welche Delikte hat es gegeben? Fünf Festnahmen, 31 Gerichtsanzeigen, 245 Verwaltungsübertretungen, 176 Perlustrierungen, 266 Organmandatsstrafen und jetzt zu den Kosten. Es wurden 168 Überwachungsstunden erbracht, das ist gleichzeitig, also wenn man das umrechnet auf Mann/Frau-Stunden sind das 2.016 Stunden, wenn man das jetzt hochrechnet mit 30 Euro, das ist sehr niedrig bemessen kommt man auf eine Summe allein für diese Aktion von über 60.000 Euro und wenn man das jetzt noch einmal auf das Jahr umrechnet auf 420.000 Euro, was da hier die Bundespolizei in die Waagschale legt, dafür ein großes Dankeschön und lieber Georg, obwohl eben, wie mein Kollege Korschelt gesagt hat, der Antragstext, der Motiventext vielleicht etwas dünn war, glauben wir, mit diesen Antworten dir wirklich Fakten geliefert zu haben, aber weil wir jetzt die dringliche Frage beantwortet haben, werden wir weder der Dringlichkeit, noch dem Inhalt zustimmen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich kann es kurz machen, noch dazu wo wir vernommen haben, es gibt keine Unterbrechung, sondern wir ziehen durch, will ich das jetzt nicht in die Länge ziehen. Es ist Faktum, dass uns das Thema Univiertel, Ruhestörungen, Belästigungen, Vandalismus etc. natürlich zu bewegen hat als Grazer Kommunalpolitiker und dass alles daran zu setzen ist, dass dort Bewohnerinnen und Bewohner in geordneten Verhältnissen dort leben und wohnen

können, dazu stehen wir und dazu bekennen wir uns und dazu gibt es auch zu Maßnahmen, die diese Sicherheit für die Bewohner herstellt und diese mögliche eh vielfach geringe Lebensqualität auch schützt, hier habt ihr uns auf unserer Seite. Aber lieber Georg, ich verstehe deine Intention, dass du mit deinem dringlichen Antrag zum Ausdruck bringen willst, es soll diese Aktion fortgesetzt werden, sie hat Erfolg gezeigt und sie wurde auch gut angenommen, aber, und da sage ich halt, spielt halt die Geschäftsordnung hier, was die dringlichen Anträge betrifft halt leider nicht ganz mit, dass ich das zum Ausdruck bringen möchte, was ich will, nämlich die Fortsetzung, die dann mit entsprechenden Kosten verbunden ist und dazu hast du halt leider ein nicht besonders tolles Mittel jetzt gefunden mit dieser Ausweiche und mit dieser Anfrage in diese Richtung, was kostet möglicherweise dieser Einsatz. Aus diesem Grund ist dieser dringliche Antrag mehr als holprig, weil dann hättest den Herrn Bürgermeister fragen können, ob er nicht vielleicht mit dem Verkaufsdirektor Baumgartner in Verbindung treten könnte und den fragen könnte, wie viel Bier haben sie im Jahr verkauft oder dergleichen. Also auch diese Antwort hätte uns letztendlich nicht wirklich weitergebracht. Aus diesem Grund, wir verstehen, wir würden auch, wenn es zulässig wäre, einen Antrag hier einzubringen und darüber abzustimmen, ob diese Aktion in gleicher, ähnlicher Form weitergeführt werden soll, wenn wir uns um die Sorgen der BewohnerInnen rund um das Univiertel annehmen sollten uns weiter bemühen sollten, hättest du unser klares Ja inhaltlich wie auch zur Dringlichkeit bekommen. Nachdem das ein Versuch ist, der auf sehr tönernen Beinen steht und ich will mich nicht wiederholen, was die Qualität und den Inhalt dieses Antrages betrifft, tut es mir leid, bei diesem Antrag habe ich nicht nur Bauchweh, sondern Bauchkrämpfe wenn ich und unsere Fraktion dem zustimmen würde und da sage ich eines, diese Bauchkrämpfe sind mir dieses ja oder uns nicht wert, aus diesem Grund ein klares Nein zur Dringlichkeit und ein klares Nein zum Inhalt, wobei, wie gesagt, wenn die Situation jene ist, Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität ein klares Ja. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schröck**: Danke für die humorigen Reaktionen, die mir wieder einmal zeigen, dass ich mit dem Antrag ja doch einen gewissen Nerv getroffen habe und ein Thema aufgegriffen habe, das in dieser Form auch wichtig und richtig ist, zu behandeln. Denn die Problematik im Univiertel ist zu wichtig, als dass man sich hier nur darüber lustig machen möchte. Und warum ich den dringlichen Antrag gestellt habe ist ja auch ganz klar zu erklären und zu begründen, weil erstens Anfragen an den Bürgermeister mit regelmäßiger Wiederkehr erst ein Jahr und später beantwortet werden und hier, wenn du schon die Geschäftsordnung bemühst, lieber Kollege Eichberger, hier diese Vorgehensweise ganz klar gegen die Geschäftsordnung widerspricht und dass diese Problematik keinen Aufschub erlaubt. Und weil dieser Antrag und die Beantwortung darauf, natürlich darauf abzielt, dass es daraufhin auch einen Folgeantrag geben wird. Es hat weder der Kollege Korschelt heute, der zwar sehr humorig ist, wie immer, aber halt auch hinter dem Humor wenig Inhalt steht und auch der Kollege Hohensinner nicht erkannt, weil sie halt vorausschauende Politik nur aus dem Lehrbuch kennen und nicht aus der angewandten Politik, das sei ihnen verziehen. Ich danke trotzdem, dass dieser Antrag und diese Problematik hier thematisiert wurden, auch für die Antwort vom Kurt und ihr werdet sehen, was dann mit dieser Antwort auch geschehen wird. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Petition an das Land Steiermark zur Novellierung des Steiermärkischen Baugesetzes (Stmk. BauG): Prüfung der Einführung von Informations- und Anhörungsrechten von Mieterinnen und Mietern benachbarter Liegenschaften im Rahmen bewilligungspflichtiger und anzeigepflichtiger baulicher Bewilligungsverfahren.

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bürgermeister hat heute zu einer anderen Thematik der Wehrpflicht angeschnitten, wie wichtig es ist, das friedliche soziale gemeinsame Leben in der Stadt wirklich auch zum Thema zu machen und wenn es Problembereiche gibt, auch entsprechende Lösungen zu finden und anzuschneiden. Einer dieser sozialen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konflikte hat sich in den vergangenen Jahren bei der Bebauung bei Abrissen von Gebäuden zum Teil mehrere hunderte Jahre alter Gebäuden und bei Neubauprojekten ergeben. Ich erinnere nur dann an das Kommodhaus und erst jüngst im heurigen Jahr an den Kastellhof, der sozusagen auf der Hacke weichen musste. Zahlreiche Bürgerinitiativen von Mehr Zeit für Graz in der ich bis zur letzten Gemeinderatswahl auch mitgewirkt habe und neue Initiativen, wie Graz denkt, setzen sich zum Ziel eine verstärkte Bürgereinbindung gerade eben bei solchen bewilligungspflichtigen und anzeigepflichtigen Bauprojekten wirklich herzustellen. Die Situation derzeit ist unbefriedigend, unbefriedigend alleine schon im ländlichen Bereich, aber nicht so krass, nicht so extrem wie im städtischen Bereich, weil nämlich in den entsprechenden Bauverfahren, Baubewilligungsverfahren nur die Eigentümer der benachbarten Liegenschaften von diesen gesetzlichen Nachbarrechten gemäß dem Steiermärkischen Baugesetz in Anspruch nehmen können, das ist ein Umkreis von 30 Metern. Hingegen in städtischen Bereichen Mieter und Mieterinnen keinerlei Möglichkeiten haben, Informationen zeitgerecht über solche Bauverfahren zu bekommen, geschweige denn über ein Informationsrecht hinausgehendes Anhörungsrecht. Dies erscheint mir, beides dieser

Rechte, scheinen mir für die unmittelbar Betroffenen vor Ort ganz wichtig einzurichten, um hier diesen gesellschaftlichen, sozialen Druck wegzunehmen, es kann nicht sein, dass über solche Vorhaben man nur aus der Zeitung erfährt oder es über entsprechende Mund zu Mund Propaganda Teilwahrheiten entsprechend kommuniziert werden und dann noch hinsichtlich der Beamten ein entsprechender Nachholbedarf bei der Konfrontation, bei Bürgerversammlungen wie auch immer entstehen. Es ist für mich ein wesentliches Ziel, diese Informations- und Anhörungsrechte im Steiermärkischen Baugesetz zu verankern. Ich glaube, das ist der richtige Weg, der Bürgereinbindung, der Bürgerbeteiligung, um hier auf einen gemeinsamen Weg wieder gesellschaftlich zurückzuführen. Das Eigentumsrecht wird durch meinen Antrag in keiner Weise angetastet oder beeinflusst.

Ich stelle daher nachfolgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz möge mit einer Petition zur Novellierung des Steiermärkischen Baugesetzes an das Land Steiermark herantreten: Es möge geprüft werden, ob bei bewilligungs- und anzeigepflichtigen behördlichen baulichen Bewilligungsverfahren auch Mieterinnen und Mietern aus benachbarten Liegenschaften Informations- und Anhörungsrechte im Bewilligungsverfahren eingeräumt werden können.
2. Binnen drei Monaten soll hierzu eine gutachterliche Stellungnahme durch den Verfassungsdienst des Landes Steiermark vorgelegt werden.

Ich bitte aufgrund der Wichtigkeit um Annahme. Danke sehr.

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Herr Kollege Mariacher, ich möchte kurz begründen, wieso die ÖVP sich gegen die Dringlichkeit dieses Antrages ausspricht, ich darf das auch im Namen der SPÖ tun. Es ist so, dass du tatsächlich eine Situation angesprochen hast, die uns schon mehrfach bewegt und auch immer wieder mit entsprechenden Bürgerinitiativen konfrontiert hat. Es ist aber festzustellen und das möchte ich schon hier betonen und das auch vielleicht im Hinblick auf die Bau- und Anlagenbehörde, die ja für diese Abwicklung hier im Magistrat Graz zuständig ist, dass bereits jetzt die Information der Bevölkerung über anhängige Bauverfahren natürlich durch Kundmachung auch im Internet erfolgt und durch Anschlag an Amtstafeln, bei den Bezirksämtern, im Rathaus, das heißt, die Bevölkerung und die betroffene Bevölkerung ist über das Eigentumsrecht hinaus durchaus informiert. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir eine ähnliche Problematik haben bei den Handymasten, vielleicht kann sich der eine oder andere noch erinnern, dass hier im Telekommunikationsgesetz ein Anhörungsverfahren durchaus eingeräumt wird, das allerdings überhaupt keine Wirkung hat für die betroffene Bevölkerung. Deshalb glauben wir, dass diese Petition eher zu schnell aus der Hüfte geschossen Richtung Landesgesetzgeber von dir jetzt initiiert wurde und ich befürchte, dass tatsächlich der Landesgesetzgeber vielleicht in einem Zweizeiler zurück schreibt, dass das kaum umsetzbar wäre. Ich kann aber durchaus dein Ansinnen insofern aufgreifen, dass wir uns in Absprache mit dem Vorsitzenden unseres Ausschusses durchaus mit der Problematik beschäftigen werden und durchaus mit, im Einvernehmen mit der Bau- und Anlagenbehörde und auch vielleicht mit dem Präsidialamt als koordinierende Stelle hier Überlegungen treffen, wie wir die betroffene Bevölkerung über das Nachbarrecht hinaus im klassischen Sinne mit einbeziehen können. Aber der Dringlichkeit können wir in dieser Form, insbesondere weil du auch den Text, du sprichst hier von bewilligungs- und anzeigenschuldigen Bewilligungsverfahren, ich glaube, du hast Bauverfahren gemeint oder Bauvorhaben, diesem dringlichen Antrag können wir in dieser Form nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Mariacher! Die Problematik hast du ganz richtig erkannt, das Problem Kommodhaus, Kastellhof ist uns allen gut in Erinnerung und das kann man auch dem Bürger schwer erklären, wie es immer zu diesen Entscheidungen gekommen ist. Die Lösung jedoch, die du hier in der Petition vorskizziert, ist eine Katastrophe, so etwas ist bestimmt unadministrierbar jeglicher Bau würde in Graz verunmöglicht werden, wenn das 1 : 1 umgesetzt wird. Man denke allein ein Austausch der Fenster in einem Mehrparteienhaus, jeder Mieter müsste befragt werden, das heißt, man könnte nicht einmal mehr die eigenen Fenster austauschen. Daher in der Praxis nicht umsetzbar. Ich weiß es nicht, aber ich glaube auch, dass das Bauamt keine Übersicht der Mieter in allen Häusern hat und aller Untermieter. Also ganz kurz gemacht, wir sprechen uns gegen die Durchbrechung der Eigentumsrechte aus und lehnen die Dringlichkeit ab.

GR. **Schneider**: Wir haben gerade in der letzten Zeit gesehen, dass es einen Haufen Probleme gibt, die entstehen, weil Betroffene und auch Mieterinnen und Mieter Betroffene sind, bei Bauverfahren nicht ausreichend einbezogen wurden. Obwohl es stimmt, dass die Formulierung ein bisschen unpräzise ist vom Antrag, finden wir die Sache extrem wichtig und gehen als grüne Fraktion hier natürlich mit. Der Antrag wird wahrscheinlich keine Mehrheit finden, wir werden uns deswegen sehr dafür einsetzen, dass schon im nächsten Planungsausschuss darüber gesprochen wird. Danke sehr (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur dir, lieber Dipl.-Ing. Topf. Ich glaube, dass es natürlich in der gesamten gesellschaftlichen Problematik verschiedene Lösungsansätze gibt. Einige werden ja verfolgt, das ist mir bekannt, aber ich glaube, dass man sich nicht allein auf das Internet berufen darf und schon

gar nicht auf ein schwarzes Brett, um zu sagen, na ja ich habe es eh ins Kastl reingestellt, holt es ab. Weil die Leute ja nicht einmal wissen, wo sie zum Nachschauen haben beziehungsweise wann, was drinnen ist. Das kommt mir so vor wie die Ausschreibung des Jagdpachtschillings, wenn jemand nicht einmal weiß, ob er den im November, Jänner, Februar oder im Mai den Antrag zu stellen hat und irgendwann ist die Frist vorbei und wir wissen bei den behördlichen Verfahren ist das halt sehr akkurat zu handhaben und da gibt es halt Fristen. Ich glaube also, dass es sehr wichtig ist, die Bürger wirklich aktiv anzusprechen, sie ernst zu nehmen und einzubinden und sehr, sehr frühzeitig zu hören, wo bei den Bürgern der Schuh drückt. Ich glaube, Kollege Lohr, dass das Thema des Fensterauswechslens in dem Sinne vielleicht darunterfällt, weil es anzeigepflichtig ist, das ist schon richtig, aber ich glaube nicht, dass es zu einer Problematik gesellschaftlicher Natur führt, wenn jemand ein Plastikfenster durch ein Holzfenster oder durch ein Alufenster oder ein Gemischtes ersetzt. Das würde wahrscheinlich zu keinem administrativen Aufwand führen und ich denke mir, es ist besser rechtzeitig auch einen gewissen Aufwand, einen minimalen Aufwand zu tätigen als nachher die Folgen der Nichteinbindung nachher zu haben, die Konflikte und allen Troubleshooting, das damit verbunden ist, die Wogen irgendwo zu glätten geschweige denn, ein abgerissenes Gebäude in irgendeiner Form zu erhalten oder teilzuerhalten, weil es gibt da ja auch immer Kompromisslösungen. Ich bedanke mich bei den Unterstützern, auch von der grünen Fraktion und ich denke mir, dass einige andere Kollegen auch noch zustimmen werden und die Mehrheit ist immer zwar wichtig in der Demokratie aber es gibt immer wieder Innovatoren, die in der Minderheit sind, die das eine oder andere anregen. In dem Sinne danke sehr (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.